34. Sonnabend den 9. Februar 1861. 34.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 9. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den von der Stadtverordneten-Versammlung zu Gladbach im Regierungsbezirk Düsseldorf getroffenen Wahlen gemäß, den bisherigen Beigeordneten A. Lamberts als ersten, den pensionirten Kreis-Sekretär Neumann als zweiten, den bisherigen Beigeordneten G. Wiedemann als dritten und den bisherigen Beigeordneten Pelzer als vierten Beigeordneten der Stadt Gladbach für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen; ferner dem Kammerherrn und Hofmarschall Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen, Major von Heinz, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen Königlicher Hoheit ihm verliehenen Kommandeurkreuzes des Hausordens vom weißen Falken und des von des Großherzogs von Baden Königlicher Hoheit ihm verliehenen Kommandeurkreuzes vom Zähringer Löwen-Orden; so wie dem Hauptmann Goerz von der Armee, attachirt der topographischen Abtheilung des großen Generalstabes, zur Anlegung des von des Großherzogs von Oldenburg Königlicher Hoheit ihm verliehenen Ehren-Ritterkreuzes erster Klasse vom Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu ertheilen.

Angekommen: Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 5. Division, Vogel von Falckenstein, von Stuttgart, der General-Major und Kommandant der Bundesfestung Mainz, von Oelrichs, von Mainz.

Abgereist: Se. Exzellenz der General der Infanterie und kommandirende General des 2. Armeekorps, von Wussow, nach Stettin.

Nr 39 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einen Nachtrag vom 2. Februar 1861 zu den Vorschriften über die Befähigung zu den technischen Aemtern der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung, vom 3. März 1856.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Freitag 8. Februar Abends. Das heutige Abendblatt der „Presse" enthält ein Telegramm aus Pesth vom heutigen Tage. Nach demselben legt der „Sürgöny" der anberaumten Zusammenkunft des Hofkanzlers mit den Obergespanen große Bedeutung bei und meint, der Hofkanzler wolle mit den Munizipien ins Reine kommen. Wenn dies unmöglich sein sollte, so wolle er den ungleichen Kampf des Einzelnen gegen Viele aufgeben.

Pesth, Freitag 8. Februar Abends. Das Journal „Die Gegenwart" meldet als bestimmt, daß die Eintreibung der Domestikalsteuer mit 22 Kreuzern per Gulden bisheriger Steuer im Honther Komitate faktisch begonnen habe.

Konstantinopel, Donnerstag 7. Februar. Frankreich hat der Pforte eine Note, welche mit der von Rußland überreichten fast identisch ist, zugehen lassen, in welcher der Zusammentritt einer Konferenz verlangt wird. Die Pforte hat darauf erwidert, daß Reformen vorbereitet werden.

(Eingeg. 9. Februar 8 Uhr Vormittags.)

Posen, 9. Februar.

Es liegt uns jetzt der Wortlaut der beiden Thronreden vor, durch welche die Sessionen der legislativen Körperschaften Frankreichs und Englands eröffnet worden sind. Beide Reden sprechen Friedenswünsche aus, und wenn wir die Worte des Kaisers Napoleon und der Königin Victoria als Friedensorakel gelten lassen könnten, so dürften wir uns der Hoffnung hingeben, daß der Janustempel auch in diesem Jahre geschlossen bleiben wird. Indessen gehören zwei Dinge dazu, wenn wir auf die Friedensverheißungen einer Regierung größeres Gewicht legen sollen: wir müssen zunächst bei ihr den aufrichtigen Willen zur Erhaltung des Friedens voraussetzen und ihr daneben auch die Macht zutrauen, ihrem Willen auf dem Gebiete der Thatsachen Achtung zu verschaffen. Leider sind im vorliegenden Falle die hier angedeuteten Voraussetzungen so unvollkommen erfüllt, daß wir die Verheißungen beider Thronreden nur mit Mißtrauen aufnehmen können.

Auch England, wir haben dessen kein Hehl, trifft ein gerechtes Mißtrauen. Wohl geben wir zu, daß Großbritannien augenblicklich keine Neigung hat, einen Krieg zu veranlassen. Das große Inselreich fühlt sich in seiner meerumschlossenen Lage hinlänglich sicher. Sein Ehrgeiz ist befriedigt; denn es hat seinen Gesetzen in allen fünf Welttheilen ein unermeßliches Gebiet unterworfen, das sich von London aus schwer beherrschen und noch schwerer ordentlich verwalten läßt. Seine Kriegsflotte nimmt noch immer auf allen Weltmeeren den ersten Rang ein, und sein alle Konkurrenz überflügelnder Handel sichert ihm die Quellen unerschöpflicher Reichthümer. Das sind die Grundlagen einer Weltstellung, welche nothwendigerweise die englische Politik zu einer friedliebenden machen müssen. England will in Ruhe des errungenen Wohlstandes genießen und begreift, daß es bei einer Aenderung nichts zu gewinnen hat. Aber in den letzten Jahren ist die englische Politik durch ihre Friedensseligkeit so tief herabgekommen, daß sie Uebermuth und Gewaltthätigkeit ohne Widerstand, ja fast ohne Widerspruch, gewähren ließ und für den Preis augenblicklicher Ruhe die nothwendigsten Bedingungen des Friedens und des Gleichgewichts Europa's opferte. Charakteristisch genug ist es, daß die Königin Victoria bei Aeußerung ihrer Friedenshoffnung nicht auf den Einfluß und die Macht Englands hinzudeuten wagt, sondern einfach die Mäßigung der europäischen Mächte anruft. In der That, welches Vertrauen kann man noch auf die britische Politik setzen, wenn man sich erinnert, daß im Jahre 1859 die Thronrede das Gewicht Englands für das Recht der Verträge in die Wagschale legte, während bald darauf nach einem Ministerwechsel die britische Staatsweisheit nicht nur die Umgestaltung aller Besitzverhältnisse in Italien, sondern auch die Gebietserweiterung Frankreichs durch Savoyen und Nizza willfährig vollziehen ließ!

In Betreff der französischen Thronrede bedarf es wohl kaum der Versicherung, daß alle Welt gewohnt ist, die Kundgebungen Napoleons nur als Meisterwerke diplomatischer Gaukelei zu betrachten. Dieselbe Versicherung von der aufrichtigen Friedensliebe Frankreichs, welche heute zu uns herübertönt, haben wir aus demselben Munde im Jahre 1859 vernommen, als Napoleon bereits die Lunte in der Hand hielt, welche in die kunstrecht angelegten Minen auf der apenninischen Halbinsel den zündenden Funken tragen sollte. Wie soll es uns beruhigen, wenn Napoleon von seiner Theilnahme für alles Edle und Große, von seinem Abscheu gegen jede Verletzung des Völkerrechts und der Gerechtigkeit spricht und in demselben Athem die Besitznahme von Savoyen und Nizza als ein gutes Recht Frankreichs proklamirt? Wie soll es uns Vertrauen einflößen, wenn der Kaiser der Franzosen allen anderen Großmächten dringend die Nichteinmischung empfiehlt, selbst aber das System so willkürlich handhabt, daß er gegen Oestreich zu Gunsten Piemonts, gegen Piemont zu Gunsten Franz II. eintrat, und noch heute im Herzen Italiens, in Rom, eine ansehnliche Streitmacht unterhält? Napoleon ruft Frankreich und auch wohl Deutschland die Mahnung zu, daß eine große Nation Vertrauen zu sich selbst haben müsse. Nun denn: wir haben zu dem deutschen Volke das Vertrauen, daß es sich rechtzeitig ermannen wird, um einen Feind abzuwehren, welcher doppelt gefährlich ist, weil er gleichzeitig mit scharfen Waffen und mit bethörenden Worten ficht.

Deutschland.

Preußen. ☾ **Berlin**, 8. Februar. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König fuhr heute Morgen 8 Uhr in Begleitung des Kronprinzen, des Prinzen Albrecht, des Prinzen August von Württemberg, des Generalfeldmarschalls v. Wrangel und mehrerer Generale nach Potsdam und ließ sich unterwegs von dem General v. Manteuffel Vortrag halten. Die Königin Auguste folgte ihrem erlauchten Gemahl Mittags 12 Uhr. Die hohen Herrschaften verweilten bis gegen 2 Uhr bei der Königin-Wittwe im Schlosse Sanssouci zum Besuch und kehrten darauf wieder hierher zurück. Während der Nachmittagsstunden war die Fürstin von Hohenzollern mit ihrer Tochter, der Prinzessin Marie, im Schlosse Sanssouci. — Der König empfing gleich nach seiner Rückkehr von Potsdam den General Vogel v. Falkenstein, welcher gestern Abend von seiner außerordentlichen Mission nach Stuttgart, Wiesbaden und Darmstadt hierher zurückgekehrt ist, und den Generallieutenant v. Bonin, der erst von Brüssel hierher zurückgekehrt ist und im Laufe der nächsten Woche wieder an den Hof nach Turin gehen soll. Vor der Tafel hatte der König noch eine Besprechung mit dem Staatsminister von Auerswald. — Wie bereits bekannt, wird in unseren Kirchen am 17. d. Mts. zum Gedächtniß des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. ein Trauergottesdienst abgehalten. Soweit bis jetzt bestimmt, werden die Mitglieder der königlichen Familie an der Gedächtnißfeier in der Friedenskirche zu Potsdam theilnehmen. Tags darauf ist im hiesigen Schlosse ein Trauerkonzert, mit dessen Leitung der Generalmusikdirektor Meyerbeer beauftragt ist. Zur Gedächtnißfeier sowohl, wie zu dieser Musikaufführung kommen die Großherzogin-Mutter, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Herzog von Braunschweig und andere fürstliche Gäste an den Hof. — In den Hofkreisen unterhält man sich von einer Reise der Königin und der Kronprinzessin nach London und zwar sollen die Dispositionen so getroffen sein, daß die Ankunft der hohen Frauen zum Geburtsfeste, also am 24. Mai, in Balmoral erfolgt. Der Kronprinz, heißt es, reise später nach und werde seine erlauchte Mutter und Gemahlin von dort hierher zurückgeleiten. Im Spätsommer wird ein Gegenbesuch der Königin Victoria in Aussicht gestellt.

Der Graf v. d. Goltz, Kommandeur des Regiments Königs-Husaren in Bonn, der vor einiger Zeit an den Masern erkrankte, ist gestern Abend zu seinem Regiment nach Bonn zurückgekehrt. — Der Oberstaatsanwalt z. D. Schwarck, welcher vor einiger Zeit das Unglück hatte, sich bei einem Falle den linken Arm zu brechen, ist jetzt soweit wiederhergestellt, daß er, den Arm in der Binde, ausgehen kann. — In diesen Tagen sind hier mehrere fremdherrliche Offiziere angekommen, welche sich in der Handhabung der gezogenen Geschütze genau unterrichten sollen. Morgen Vormittag nehmen diese Schießübungen auf dem Artillerieschießplatze ihren Anfang, und werden diese fremden Militärs an denselben Theil nehmen. Wie ich höre, wollen auch die in außerordentlicher Mission hier anwesenden Generale Graf Huyn, v. Stuers und Graf d'Aragon dabei zugegen sein. Bei diesen Schießübungen sind die Ziele mit schmiedeeisernen Schiffsplanken bekleidet. — Gestern Abend ging es in unserer Stadtverordnetenversammlung ungewöhnlich stürmisch her. Der Stadtverordnete Prof. Gneist und der Stadtrath Dr. Wöniger sagten sich sehr ungehörige Dinge und der Bürgermeister Hedemann glaubte sich berechtigt, den Ordnungsruf auszusprechen. Man verständigte sich schließlich und der Sturm, der durch das Kommunalblatt, für welches die Hinterlegung einer Kaution gefordert wurde, angefacht war, ging scheinbar ohne weitere Folgen vorüber. Jedenfalls befanden sich die Parteien in einer sehr gereizten Stimmung, sonst wären nicht solche Worte gefallen, wie man sie seither in dieser Versammlung nicht gehört hat. Unsere Zeitungen haben über dieses Vorkommniß sehr rücksichtsvoll berichtet und das Kommunalblatt, das am Sonntag wieder erscheint, wird sich nicht ausführlicher darüber vernehmen lassen.

Hamm, 5. Febr. [Feuersbrünste.] Seit dem 1. d. M. leben wir hier in einer fortwährenden Aufregung, verursacht durch die häufig wiederkehrenden Feuersbrünste. Am 1. d. M. wurde ein Stall eines Schenkwirths, am 3. eine Scheune theilweise und gestern Abend das königliche Magazingebäude am Ostenthore mit allen seinen Vorräthen total eingeäschert. (E. Z.)

Königsberg, 8. Februar. [Ein tragisches Ereigniß] unterbrach am Mittwoch die Aufführung des Mendelssohnschen „Elias" durch die musikalische Akademie. Elias hatte das einleitende „So wahr der Herr, der Gott Israels, lebet" gesungen, die Ouverture war ihrem Schlusse nahe, als plötzlich der Dirigent, der königl. Musikdirektor H. Pätzold, mit seinem Pulte vorwärts niederstürzte und in Folge dieses unglücklichen Falles scheinbar leblos zum Saale hinausgetragen werden mußte. Da der Saal und dessen Nebenräume überfüllt waren, so herrschte in demselben eine wahrhaft tropische Hitze und war das erschreckte Publikum daher geneigt, den Fall einer durch die Hitze erzeugten Ohnmacht zuzuschreiben. Leider jedoch ist es den Bemühungen der anwesenden Aerzte nicht gelungen, den Unglücklichen ins Leben zurückzurufen, welchem wahrscheinlich ein Schlaganfall ein so plötzliches und tiefergreifendes Ende bereitet hat. Das Publikum verließ tieferschüttert die Stätte des Unglücks. (K. H. Z.)

Oestreich. **Wien**, 7. Febr. [Die Veränderungen im Ministerium.] Der Ausgang der Ministerkrise, die seit Wochen bereits schwebte, wird von der „Ostd. Post" als eine nur „transitorische Lösung" vermittelst einer „wunderlichen Aufmischung des Kabinets" charakterisirt. „In dem Zwiespalt der Stellungen", bemerkt das genannte Blatt, „ist eine Aenderung eingetreten; Graf Rechberg ist nicht mehr Ministerpräsident; aber auch Herr v. Schmerling ist es nicht geworden, sondern eine dritte, höhere Persönlichkeit hat sich zum Ausgleich hergeben müssen: der Erzherzog Rainer übernimmt den Vorsitz und die Leitung des Ministerrathes. Es liegt auf der Hand, daß dies nur ein vorübergehendes Auskunftsmittel ist. Im Uebrigen enthalten die kaiserlichen Ernennungen einen praktischen Ausbau der inneren Organisation des Kabinets. Die Uebernahme des Präsidiums seitens des Erzherzogs Rainer ist eine Auszeichnung für den Grafen Rechberg, denn hierdurch wird sein Verbleiben an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten ermöglicht. Kein Wunder, wenn Jedermann voraussetzt, daß dem edlen Grafen in letzter Zeit ein diplomatisches Meisterstück gelungen sein muß, welches Oestreichs Stellung im wesentlichen Maaße bessert und eine Allianz fördert, die eine wirkliche Basis für unsere politische Zukunft bietet. Wir werden demnächst unser Auge mit allen uns zu Gebote stehenden Fernröhren bewaffnen, um das Sternbild zu fixiren, unter dessen freundlichem Lichte die auswärtige Stellung Oestreichs diesem neuen Aufschwung entgegengeht. Minister Lasser giebt das provisorisch okkupirte Ministerium der Justiz für die deutsch-slavischen Länder an den Freiherrn Pratobevera ab, um die Leitung der administrativen Verwaltung der Länder diesseits der Leitha zu übernehmen. Es scheint System zu werden, die politische und administrative Leitung der großen historisch-politischen Individualitäten durch zwei Minister zu besetzen. Wie in Ungarn der Hofkanzler und der Tavernikus die administrative Leitung des Landes haben, so würde in den historisch-politischen Individualitäten, die man Erbländer nennt, mit Einigem dazu, was nicht ganz erbländisch ist, die politische Leitung dem Staatsminister, die administrative dem Ritter v. Lasser zufallen. Das sind Büreausachen, welche die Praxis erklären muß. Herr v. Lasser ist jedenfalls hier ganz an seinem Platze, was er im Justizministerium, wie er selber offen zugestand, durchaus nicht war. Der neue Justizminister Frhr. v. Pratobevera bringt einen guten Namen von altem juristischen Klange mit. Welcher östreichische Rechtsgelehrte kennt die „Materialien" nicht, die Pratobevera der Vater gesammelt und aufgespeichert hat? Der neue Justizminister hat keine politische Vergangenheit hinter sich wie Ritter v. Lasser, der im Konstitutionsausschusse des Kremsierer Reichstags saß und in der Geschichte von Verfassungsurkunden sich nützliche Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatte. Freiherrn v. Pratobevera's politische Karriere beschränkt sich wohl zunächst auf die kürzere oder längere Zeit, in der er Mitglied des Frankfurter Parlaments gewesen ist. Was nun das Mitglied für Nationalökonomie betrifft, mit welchem das Ministerium durch die Ernennung des Grafen Wickenburg bereichert wurde, so wissen wir von seinem Berufe zu diesem wichtigen Amte nur so viel, daß er um die Gründung des für Brustkranke so wohlthätigen Badeorts Gleichenberg große Verdienste hat, daß er Präsident der Eisenbahn ist, der es gelungen ist, in Betreff der unglaublich hohen Baukosten den ersten Rang in der östreichischen Monarchie zu erlangen, daß er ein flinker, nie verlegener Toastredner bei allen Festgelegenheiten ist, und daß Keiner mit größerer Grazie eine große Anzahl von Ordenssternen auf einer allerdings nicht sehr schmalen Brust zu tragen weiß, als Graf Wickenburg, daß er übrigens ein guter, freundlicher alter Herr ist, was man sonst selbst den Professoren der Nationalökonomie nicht nachrühmen kann. Graf Wickenburg ist übrigens kein Professor der Nationalökonomie."

— [Die Adresse der Stadt Pesth an Se. Maj. den Kaiser], über deren Diskussion und Annahme in der durch Deak vorgeschlagenen Fassung bereits berichtet worden, lautet:

„Indem Eure kaiserliche königliche Majestät auf Grund der pragmatischen Sanktion die Wiederherstellung der ungarischen Konstitution beschloß, können wir nicht bezweifeln, daß jenes Grundprinzip, wonach jedes rechtmäßig gegebene Gesetz so lange rechtskräftig ist, bis es nicht durch den gemeinsamen Willen des Monarchen und der Nation aufgehoben wird, auch hinsichtlich unseres Vaterlandes unverletzt aufrechtsteht. Wir glaubten und glauben dies um so mehr, weil die pragmatische Sanktion, auf welche sich Eure Majestät selbst als auf ein Staatsgrundgesetz huldvoll beruft, sowie auch die im Sinne der pragmatischen Sanktion verfaßten königlichen Krönungsdiplome die Weisung enthalten, daß die Gesetze des Landes, diejenigen nämlich, welche auf dem Landtage zu Stande gekommen, streng beobachtet werden sollen. Das von Eurer Majestät am 20. Oktober v. J. erlassene Diplom und die damit in Verbindung stehenden königlichen Entschließungen betrachten wir als klar ausgesprochene

Beweise dafür, daß Eure Majestät die pragmatische Sanktion, welche die Rechte des Monarchen und die Rechte der Nation gleichmäßig sicherstellt, vollständig und ihrem ganzen Inhalte nach wieder ins Leben ruft, und wir waren überzeugt, daß der erhabene Zweck, der erhabene Wille Eurer Majestät kein anderer sein könne, als durch die Wiederherstellung der für einige Zeit beseitigten, aber nie verjährbaren und nie zu annullirenden ungarischen Konstitution die Nation zu beruhigen und das gegenseitige Vertrauen, welches durch die Ereignisse der jüngstverflossenen traurigen 12 Jahre so arg erschüttert wurde, wiederherzustellen. Wir würden aber dem Prinzip des Konstitutionalismus untreu, wir würden von dem Grundgedanken der pragmatischen Sanktion abweichen, wenn wir an unseren Gesetzen nicht unerschüttert festhielten, wenn wir auf die strenge Beobachtung, auf die pünktliche Erfüllung derselben nicht mit allen Waffen des Rechts und der Wahrheit drängen. Die Fürsten selbst können einem solchen Volke nicht vertrauen, welches seine verlorene Freiheit leicht vergißt, seine altererbte Verfassung leichthin abändert, sich bei dem Spiel des blinden Zufalls leicht beruhigt und sich schnell in alle Verhältnisse findet, die ihm die Umstände aufzwingen. Ein Volk, welches sein Loos, seine Lage, seine Verfassung, seine Institutionen auf leichte Art wechselt, wechselt auch seinen Herrscher leicht. Die Gesetze von 1848 wurden verfassungsmäßig gegeben, und sie sind bis zum heutigen Tag verfassungsmäßig nicht aufgehoben worden; wir sind daher sowohl als einzelne Staatsbürger, als auch als Munizipalität verpflichtet, sie in Ehren zu halten, sie so lange als vollkommen rechtskräftig zu betrachten, bis nicht der vereinigte Wille des Monarchen und der Nation auf dem Landtage an ihnen Veränderungen vornimmt. Wir wollen unsere Rechte nicht über die Schranken des Gesetzes ausdehnen; wir würden dies aber thun, wenn wir jene Gewalt, die der Nation im Vereine mit dem gekrönten Herrscher zukommt, dadurch ausüben wollten, daß wir rechtlich noch bestehenden und durch den Landtag noch nicht aufgehobenen Gesetzen zuwiderhandelten. Wer jene sind und ob es solche giebt, welche, mit den Feinden des Reiches in ein Bündniß tretend, gegen den Staat verbrecherische Angriffe beabsichtigen, das können wir nicht wissen. Unter den Mitgliedern unseres Repräsentantenkörpers befinden sich solche nicht. Hätten wir aber auch irgend einen jener unserer Mitbürger, die ihrer politischen Vergangenheit wegen noch immer als Verbannte sich im Auslande aufhalten, zum Mitgliede unserer Repräsentantenkörperschaft, so hätten wir dies unzweifelhaft in der Hoffnung gethan, daß die Wiederherstellung der Konstitution zugleich die Grenzen unseres Vaterlandes allen denen erschließt, welche durch konstitutionswidrige, von fremden Richtern nach fremden Gesetzen gefällte Urtheile gezwungen wurden, sich zu entfernen. Die je frühere Erfüllung dieser Hoffnung wird ein vertrauenerweckendes Unterpfand für die erste Absicht der Wiederherstellung unserer Konstitution sein; ihre Vereitlung könnte hingegen leicht nachtheiliges Zweifeln in der Brust der Nation hervorrufen. Bezüglich der Steuern können wir eben deshalb, weil wir in unserer Stellung als Munizipium nicht nur konstitutionelle Rechte, sondern auch konstitutionelle Pflichten haben, ferner eben deshalb, weil wir als Munizipium die Wächter und Verwalter jener Rechte sind, welche die Konstitution dem Volke garantirte, nur das thun, was das Gesetz in dieser Hinsicht gestattet und befiehlt. In einem konstitutionellen Lande werden alle Arten von Steuern nur durch die Einwilligung der Nation gesetzmäßig; wir können uns also nur von der Gesetzmäßigkeit derjenigen Steuern für überzeugt halten, welche der Landtag festsetzt oder annimmt. Der Macht und der Gewalt gegenüber sind unsere Waffen die Wahrheit und das Gesetz, welche von der Macht und Gewalt wohl verletzt und beseitigt, nicht aber rechtlich vernichtet werden können. Hinsichtlich der Wiederherstellung der Rechtspflege wollen wir die vom Judex curiae und bezüglich von der Septemviraltafel abzugebenden Vorschläge als provisorische Verfügungen hauptsächlich deshalb abwarten, damit in unserem Vaterlande in der Rechtspflege Gleichmäßigkeit herrsche, die sonst wegen der vielfach von einander abweichenden Ansichten der Jurisdiktion auf einem anderen Wege kaum erzielt werden könnte; doch knüpfen wir unser Abwarten an die Erwartung und an den Wunsch, daß die konstitutionellen Rechte unseres Vaterlandes auch hinsichtlich der Rechtspflege ohne Erschütterung der privatrechtlichen Verhältnisse wieder hergestellt werden. Die Revision und bezüglich Modifizirung der Gesetze von 1848 gehört unserer Ansicht nach vor den Landtag, und eben wegen unserer Stellung als Munizipium können wir die einseitige Beseitigung oder Nichteinhaltung [illegible] nicht ruhig ansehen. Es ist nicht nothwendig, diese Gesetze auf dem künftigen Landtage zu Stande zu bringen, denn sie sind schon da und bestehen zu Recht; es wird aber vielleicht zweckmäßig sein, sie neuerdings zu prüfen, sie vielleicht in einigen Theilen abzuändern, und inwiefern sie nicht genug bestimmte oder nur provisorische Anordnungen enthalten, sie auch zu verbessern; so lange dies aber nicht geschieht, ist es unsere Pflicht, an den bestehenden Verfügungen derselben festzuhalten. Wir wiederholen aber auch hier, daß nicht Gewalt, sondern Wahrheit und Gesetz unsere Waffen sind. Alles dies mit der tiefsten Ehrfurcht und Aufrichtigkeit vorzutragen, macht uns das Gesetz und unsere konstitutionelle Stellung zur Pflicht, und wir sind überzeugt, daß Ew. Maj., deren Wille es ist, auf konstitutionellem Wege das Vertrauen der Nation zu gewinnen, und deren vollständige Beruhigung zu erreichen, diese Erfüllung unserer Pflicht und dieses konstitutionelle aufrichtige Wort nicht als eine Ueberschreitung wird betrachten können. Wichtige und schwere Aufgaben erwarten den nächsten Landtag, solche Aufgaben, deren verfehlte Lösung zu unendlichen Verwirrungen führen und Gefahr über unser Vaterland bringen kann. Besonnene und ruhige Gemüther, die Schwierigkeit der Lage erwägende Behutsamkeit und gegenseitiges Vertrauen, wodurch Mißverständnisse entfernt und gegenseitiges Verständniß gewonnen wird, sind zur schweren Arbeit erforderlich. Dies alles kann aber nur dann gehofft werden, wenn jede Ursache, jeder Vorwand sorgfältig vermieden wird, welche zu Mißverständnissen, zu Mißtrauen führen können; wenn unser heiligstes Kleinod, die altererbte Konstitution, nicht angegriffen wird; wenn unser heißestes Gefühl, die Vaterlandsliebe, mit welcher wir an der Freiheit und konstitutionellen Selbständigkeit unseres Vaterlandes hängen, nicht als Verbrechen gedeutet wird; wenn von uns keine solchen Handlungen und Unterlassungen gefordert werden, durch welche wir mit unseren Gesetzen und unserem Selbstgefühl in Widerspruch kommen müßten. Auf diese Art, und nur auf diese Art ist die Erhaltung, und, wenn es Gott gefällt, das Aufblühen unseres Vaterlandes möglich. Gegeben aus unserer zu Pesth am 1. Februar 1861 gehaltenen Generalversammlung."

Diese Adresse gilt in Pesth, wie gemeldet, schon als ein bedeutender Sieg der gemäßigten Partei, und es bedurfte der ganzen Popularität und Rednergabe der Herren Deak und Eötvös, um die Adresse in dieser Fassung gegen einen schärferen Entwurf Szilagyi's durchzubringen.

Wien, 8. Febr. [Telegr.] Die heutige „Wiener Zeitung" sagt: Gestern fand die erste vom Erzherzoge Rainer präsidirte Ministerkonferenz statt, welcher die bisherigen und die neu ernannten Kabinetsmitglieder beiwohnten. Hierdurch würden die Gerüchte widerlegt, daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in Mitte des Ministeriums beständen.

Pesth, 5. Febr. [Die Regierung und die Komitate.] Der heutige „Pesti Naplo" bringt einen Artikel aus der Feder Kemeny's, in welchem der Verfasser nachzuweisen trachtet, daß auf die Uebergriffe, zu denen sich gelegentlich der ersten Besitzergreifung der wiederhergestellten konstitutionellen Autonomie einige Komitate haben hinreißen lassen, die Regierungspolitik nicht ohne Einfluß gewesen sei. Getäuscht über den wirklichen Geist der öffentlichen Stimmung im Lande, schwankten die Träger der Regierung zwischen dem Jahre 1847 und der Erfüllung des laut sprechenden Wunsches der Nation, und anstatt zum Wichtigsten, der Zusammenberufung des Landtages zu schreiten, verzögerten sie selbst dessen Zusammentritt durch den Versuch einer Oktroyrung des Wahlgesetzes. Durch dieses Schwanken wurden die Komitate zur eigenmächtigen Besitzergreifung getrieben. So wenig dies in Abrede zu stellen, so weit gefehlt wäre es, wenn die Komitate, die hohen Verdienste der Männer, die an der Spitze der Regierung stehen, verkennend, denselben ihr Mißtrauen votiren wollten. Ist nicht, sagt Kemeny, die Wiedererweckung unserer verbannt gewesenen Sprache, die Reintegrirung unseres Vaterlandes, die Wiedereröffnung unserer freien Munizipien, die freie Bewegung der Presse, freier als in irgend einem Staate des Kontinents, Belgien und Sardinien ausgenommen, die Neubelebung des Vereinsrechtes, und vor Allem die Zerstörung des Systems der letzten 11 Jahre unleugbares Verdienst des Baron Vay und seiner Kollegen, gegenüber welchen Verdiensten wir jede Aenderung in der Leitung unserer Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen offen als ein Unglück für die Nation bezeichnen müssen.

Bayern. München, 7. Febr. [Ueberschwemmung; Untersuchung.] In Kelheim hat die Donau arge Verwüstungen angerichtet; die ganze Stadt ist unter Wasser, das eine Höhe von 19½ Fuß über 0 des Pegels erreicht hat. Sämmtliches Vieh mußte auf die nächsten Berge in Sicherheit gebracht werden. Bereits tritt Mangel an Lebensmitteln, besonders an Brot ein. — Das Ministerium hat einen Bezirksgerichtsrath von Ansbach nach Gunzenhausen beordert, um eine Untersuchung wegen der dortigen Bürgermeisterwahl, wobei Bestechungen ꝛc. vorgekommen sein sollen, einzuleiten.

Sachsen. Dresden, 6. Febr. [Verbot.] Die „Constitutionelle Zeitung" schreibt: „Mehrere Zeitungen brachten neulich die Nachricht, daß die fernere Aufführung der Kleist'schen „Hermannsschlacht" im hiesigen Hoftheater auf Andringen des Staatsministers v. Beust unterbleibe, um den gemeingefährlichen Einheitstendenzen keinen Vorschub zu leisten. Wir glaubten anfänglich nicht daran, da aber, trotz einer Provokation der „Deutschen Allg. Zeitung", das „Dresdener Journal" beharrlich schweigt, so wird diese bedauerliche Einmischung der Politik in die Kunst wohl begründet sein."

Leipzig, 7. Februar. [Preßprozesse.] Wegen der verschiedenen von der hiesigen Staatsanwaltschaft inkriminirten Artikel des „General-Anzeiger" ist der Verleger als früher verantwortlicher Redakteur zu 12, der Verfasser zweier Artikel zu 8 und der zur Zeit der Veröffentlichung des einen Artikels die Stelle des Redakteurs vertretende Faktor der Druckerei zu 2 Wochen Gefängniß in erster Instanz verurtheilt worden. Das Blatt fügt selbst dieser Mittheilung noch die andere hinzu, daß in diesen Tagen auch der Redakteur der königlichen „Leipziger Zeitung" wegen Beleidigung befreundeter Monarchen zu Geldstrafe verurtheilt worden sei.

Württemberg. Stuttgart, 6. Febr. [Gegen den Nationalverein.] Der gestrige „W. Staatsanz." eröffnet seine Spalten mit einem heftigen Ausfall gegen den Nationalverein. „Wenn die Mitglieder dieses Vereines sich das Recht nehmen, die Massen für ihre Ansichten zu gewinnen (sagt er u. A.), so dürften sie sich nicht wundern, wenn die Regierungen das nämliche Recht ausübten und „mit vereinten Kräften" suchten, solchen Umsturzplänen entgegen zu arbeiten".

Baden. Karlsruhe, 7. Febr. [Exkommunizirte Priester.] Bekanntlich leben in unserm Großherzogthum noch mehrere Geistliche, über welche die Excommunicatio major verhängt ist. Zu ihnen gehört auch der Dekan Haberstroh, ein in jeder Beziehung ausgezeichneter und würdiger Priester. Ungeachtet wiederholter Bittgesuche von Seiten desselben hat das Ordinariat bisher sich hartnäckig geweigert, eine Aufhebung der Exkommunikation zu bewilligen. Dagegen hat die großherzogliche Regierung einen neuen Beweis ihrer Humanität und Gerechtigkeitsliebe gegeben, indem sie den Tischtitel des Dekan Haberstroh auf jährlich 600 G. nunmehr erhöhte. (B. L. Z.)

Rastatt, 5. Febr. [Trauergottesdienst.] Nachdem am vorigen Sonntag bereits in der katholischen Pfarrkirche hierselbst für die katholischen Soldaten der königlich preußischen Garnison eine Gedächtnißpredigt zur Erinnerung an den hochseligen König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gehalten worden ist, fand vorgestern auch in der evangelischen Stadtkirche ein feierlicher Trauergottesdienst statt, dem außer dem größten Theil der preußischen Besatzung der hiesige Gouverneur, der Kommandant, die Spitzen der Behörden und viele Offiziere des k. k. östreichischen und großherzoglich badischen Bundeskontingents beiwohnten.

Frankfurt a. M., 6. Febr. [Gegen die Spielbanken.] Die am 3. d. auf der Mainkur versammelt gewesenen Turnerausschüsse aus Hanau, Offenbach, Mainz, Darmstadt und Wiesbaden faßten den einstimmigen Beschluß, diejenigen Mitglieder, welche sich an einer öffentlichen Spielbank betheiligen, als unwürdig auszuschließen.

Frankfurt a. M., 7. Febr. [Bundesbeschluß in der holsteinschen Angelegenheit.] In der heutigen Sitzung des Bundestages wurde der Antrag der vereinigten Ausschüsse in der holstein-lauenburgschen Verfassungsangelegenheit eingebracht, welcher lautet: „Hohe Bundesversammlung wolle I. beschließen: 1) daß sie das seitens der Königlich-Herzoglichen Regierung erlassene Patent vom 25. September 1850 sammt allen darauf gegründeten weiteren Verordnungen bezüglich des Budgets der Herzogthümer Holstein und Lauenburg in so lange nicht als zu Recht bestehend betrachten könne, als dieselben der Zustimmung der betreffenden Stände ermangeln, daß sonach auch das Budget für das mit dem 1. April beginnende Finanzjahr der laufenden Finanzperiode nicht ohne Zustimmung der Stände der beiden Herzogthümer festgestellt werden könne; 2) daß sie von der Königlich-Herzoglichen Regierung eine ausdrückliche Erklärung dahin verlange, daß dieselbe den durch Ziffer I. c. 1 und 2 des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860 getroffenen Anordnungen für das Provisorium nachkommen werde; 3) daß sie, falls eine solche Erklärung binnen sechs Wochen seitens der Königlich-Herzoglichen Regierung nicht in vollkommen sichernder Weise erfolgt, das durch den Bundesbeschluß vom 12. August 1858 eingeleitete Verfahren wieder aufnehmen werde. II. Den Königlich dänischen Herrn Bundestagsgesandten für Holstein und Lauenburg ersuchen, vorstehenden Beschluß zur Kenntniß seiner höchsten Regierung zu bringen." Dieser Antrag wurde (wie gestern bereits telegraphisch gemeldet) angenommen. — Die vom dänischen Gesandten am 17. v. M. gelegentlich des Vortrages der vereinigten Ausschüsse abgegebene Erklärung lautet dahin: „Der Gesandte muß sich hinsichtlich des Vortrages und der aus demselben abgeleiteten Anträge weitere Erläuterung, rechtliche wie faktische, vorbehalten und sich, was namentlich die unter I. c. 2 des Beschlusses vom 8. März v. J. aufgestellten Bedingungen angeht, für jetzt auf die in der sechsten und in der neunten Sitzung des genannten Jahres abgegebene Erklärung zurückbeziehen. Zugleich hat derselbe schon jetzt alle Rechte, so wie die freie Entschließung seines allerdurchlauchtigsten Souveräns wie im Allgemeinen, so gegen die Konsequenzen der eingebrachten Anträge zu verwahren. (K.Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 6. Febr. [Die Thronrede.] Die von der Königin Victoria bei der Eröffnung der diesjährigen Session des Parlaments gehaltene Thronrede (bereits in Nr. 31 in telegraphischem Auszuge mitgetheilt) lautet vollständig:

„Mylords und meine Herren! Mit großer Befriedigung treffe ich wieder mit Ihnen im Parlament zusammen, um Ihre Unterstützung und Ihren Rath in Anspruch zu nehmen. Meine Beziehungen zu den fremden Mächten sind fortwährend freundschaftlicher und befriedigender Art, und ich hege das Zutrauen, daß die Mäßigung der europäischen Mächte jeder Unterbrechung des allgemeinen Friedens vorbeugen werde. Ereignisse von großer Wichtigkeit gehen in Italien vor sich. In dem Glauben, daß es den Italienern freizulassen sei, selber ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen, habe ich es für Recht erachtet, keine thätige Einmischung in dieser Angelegenheit auszuüben. Es werden Ihnen hierüber Papiere vorgelegt werden. Ich zeigte Ihnen am Schlusse der letzten Parlamentssession an, daß die jüngst in Syrien begangenen Gräuel mich bewogen hätten, mit dem Kaiser von Oestreich, dem Kaiser der Franzosen, dem Prinz-Regenten von Preußen und dem Kaiser von Rußland, dem Sultan gegenüber eine Uebereinkunft zu schließen, kraft welcher ihm zur Wiederherstellung der Ordnung in diesem Theile seiner Staaten eine vorübergehende militärische Unterstützung bewilligt werden sollte. Diese Unterstützung wurde ihm durch ein französisches Truppenkorps, das in Vertretung der verbündeten Mächte nach Syrien geschickt wurde, geleistet. Der Sultan hat ferner unter den Befehlen eines tüchtigen Offiziers bedeutende Streitkräfte nach Syrien geschickt, und ich hege die Hoffnung, daß die Ruhe in dieser Provinz bald wiederhergestellt und der Zweck der Uebereinkunft vollständig erreicht sein wird. Ich habe Ihnen ferner am Schlusse der letzten Parlamentssession angezeigt, daß, da die friedlichen Anerbietungen, welche mein Gesandter in China der kaiserlichen Regierung in Peking gemacht hatte, zu keinem befriedigenden Ergebnisse geführt hatten, meine Land- und Seemacht, so wie die meines Alliirten, des Kaisers der Franzosen, auf dem Punkte standen, gegen die Nordprovinzen China's vorzurücken, um die gerechten Forderungen der verbündeten Mächte zu unterstützen, und daß der Earl von Elgin, in der Eigenschaft eines besonderen Gesandten, nach China geschickt worden war, um mit der dortigen Regierung zu unterhandeln. Ich habe die Genugthuung, Ihnen mitzutheilen, daß die Operationen der alliirten Streitkräfte von einem vollständigen Erfolge gekrönt wurden. Nach der Einnahme der Forts an der Mündung des Peiho und nach mehreren der chinesischen Armee gelieferten Gefechten bemächtigten sich die Alliirten der Kaiserstadt Peking, und dem Earl von Elgin, so wie dem Baron Gros, dem Gesandten des Kaisers der Franzosen, gelang es, eine ehrenvolle und befriedigende Lösung aller streitigen Fragen zu erzielen. Im ganzen Verlaufe dieser Operationen und den darauf folgenden friedlichen Unterhandlungen handelten die Befehlshaber und Gesandten der verbündeten Mächte im freundschaftlichsten Einvernehmen. Es werden Ihnen hierüber Schriftstücke vorgelegt werden. Der Zustand meiner indischen Besitzungen ist in fortschreitender Besserung begriffen, und ich hege das Vertrauen, daß die finanzielle Lage allmälig an der allgemeinen Besserung Theil haben werde. Ein Aufstand unter einem Theil der Eingebornen von Neuseeland hat den Frieden in einem Theile dieser Kolonie unterbrochen, aber ich hoffe, daß die getroffenen Maaßregeln schnell diese Störung beseitigen und meiner Regierung gestatten werden, derartige Vorkehrungen zu treffen, daß dieselbe nicht wiederkehre. Ernstliche Streitigkeiten haben sich unter den Staaten der nordamerikanischen Union erhoben. Es ist mir unmöglich, nicht mit lebhafter Theilnahme auf jedes Ereigniß zu blicken, welches das Glück und die Wohlfahrt eines Volkes berühren kann, das mit meinen Unterthanen durch seinen Ursprung enge verbündet und mit ihnen durch die innigsten und freundschaftlichsten Beziehungen verknüpft ist. Mein herzlichster Wunsch ist, daß diese Streitigkeiten einer befriedigenden Beilegung fähig sein möchten. Das Interesse, welches ich an der Wohlfahrt des Volkes der Vereinigten Staaten nehme, kann durch den wohlwollenden und herzlichen Empfang, den es dem Prinzen von Wales kürzlich bei seiner Reise nach dem amerikanischen Festlande zu Theil werden ließ, nur erhöht werden. Mit Freuden ergreife ich diese Gelegenheit, um meine tief gefühlte Anerkennung für die Treue und die Anhänglichkeit an meine Person und an meinen Thron auszudrücken, die von meinen Unterthanen in Canada und in den anderen Theilen von Nordamerika, gelegentlich des Aufenthaltes des Prinzen von Wales in ihrer Mitte, an den Tag gelegt wurden. Ich habe mit dem Kaiser der Franzosen Ergänzungsübereinkünfte zum Handelsvertrage vom 23. Januar 1860 abgeschlossen; und zur Förderung der Zwecke eben dieses Vertrages habe ich ferner mit dem Könige von Sardinien eine Uebereinkunft zum gegenseitigen Schutz der Rechte des literarischen Eigenthums abgeschlossen. Diese Uebereinkünfte werden Ihnen vorgelegt werden. Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Ich habe angeordnet, daß das Budget für nächstes Jahr Ihnen vorgelegt werde. Es wurde mit der gebührenden Rücksicht auf Sparsamkeit und auf die Erfordernisse der verschiedenen Dienstzweige aufgestellt. Mylords und meine Herren! Es werden Ihnen Maaßregeln zur Konsolidirung wichtiger Theile der Kriminalgesetzgebung, für Verbesserung der Bankerott- und Zahlungsunfähigkeitsgesetze, für Erleichterung der Uebertragung des Grundbesitzes, für Einführung einer einheitlichen Taxe in England und Wales und für andere Gegenstände von gemeinnützigem Interesse vorgelegt werden. Mit Vertrauen übergebe ich die großen Interessen meines Reiches Ihrer Weisheit und Ihrer Sorgfalt und bete inbrünstig, daß der Segen des Allmächtigen über Ihren Berathungen walten und Ihre Beschlüsse auf das Ziel meines fortwährenden Strebens, auf die Wohlfahrt nämlich und das Glück meines Volkes, hinlenken möge."

— [Tagesnotizen.] Als die Königin gestern nach dem Parlamentsgebäude fuhr, drängte sich ein Mann im asiatischen Kostüm durch die Volksmenge in die Nähe des königlichen Wagens, um eine Bittschrift hineinzuwerfen, und zog, als er daran verhindert wurde, ein Taschenmesser, mit dem er sich drei Schnitte in den Hals versetzte. Er ward von der Polizei verhaftet, welche ihm die nöthige ärztliche Hülfe angedeihen ließ. Der Mann heißt Mahomet Ali Khan, ist etwa 40 Jahre alt, aus Kalkutta, und glaubt, daß ihm von der englischen Regierung ein Unrecht zugefügt worden ist; er scheint wahnsinnig zu sein. — Die Regierung steht gegenwärtig mit der Bank in einer kitzlichen Unterhandlung, deren Zweck darin besteht, ein Ersparniß von 70,000 Pfd. Sterl. jährlich zu erzielen, die der Bank von ihrer Jahresprovision abgezogen werden sollen. Die Bankdirektoren sträuben sich dagegen, und machen geltend, daß sie trotz ihrer Privilegien nicht im Stande sind, ihren Aktionären den dritten Theil der Dividenden zu bewilligen, die von anderen Gesellschaftsbanken gezahlt werden. Der Schatzkanzler, der mehr als je auf Ersparnisse in den einzelnen Zivil-Verwaltungszweigen bedacht ist, hat einen Kompromiß vorgeschlagen, der wohl angenommen werden wird. — Die Auswanderung aus Liverpool nach Amerika und Australien ist bedeutend hinter der vom Januar des vorigen Jahres zurückgeblieben. Die Veranlassung dazu ist kein Räthsel. Die Berichte lauten nichts weniger denn aufmunternd, und die politische Krisis in den Vereinigten Staaten ist wohl geeignet, manchen sonst Auswanderungslustigen abzuschrecken. — Als Beweis, wie rasch die Ureinwohner in den Kolonien absterben, wenn das europäische Element ihnen nahe rückt, wird in den Ausweisen des Kolonialamts die Thatsache angeführt, daß von zehn Stämmen in Tasmania (früher Van Diemens Land) nur noch 14 Personen am Leben sind, 9 Frauen und 5 Männer, darunter 4 verheirathete, aber kinderlose Paare. Die Einwohner selbst sind der Ansicht, es rühre dies von dem durch den Einfluß der europäischen Einwanderer geänderten Lebenswandel her. — Wie aus Oxford gemeldet wird, ist ein Flügel des dem Herzoge von Marlborough gehörigen Palastes von Blenheim abgebrannt und die berühmte Galerie Titian'scher Gemälde vollständig ein Raub der Flammen geworden.

— [Ueber die französische Thronrede] äußert sich die „Times" im Wesentlichen folgendermaßen:

„Neun Jahre sind auf den Staatsstreich gefolgt, und während dieses ganzen Zeitraumes ist die Rede-, Schreib- und selbst Gedankenfreiheit in Frankreich

in einem Grade eingezwängt worden, wie dies in der Geschichte keines Volkes je erörtert gewesen ist. Jetzt vernehmen wir, daß, obgleich wie ein neuliches Beispiel gezeigt hat, die Presse nicht frei schreiben darf, die Mitglieder der beiden Kammern die Freiheit haben sollen, ihre Meinung zu sagen, und daß ihre Worte Eigenthum der französischen Nation sein sollen. Ein anderer Umstand, der unsere Neugier gespannt hat, ist die zweideutige Politik, die der französische Kaiser im vergangenen Jahre befolgt hat. Keine Sphinx kann den Kaiser so gut auslegen wie er selbst. Wir warten daher natürlich auf die Thronrede, um darin eine Lösung der Kriegs- oder Friedensfrage zu finden, die nicht nur jedes Kabinet, sondern auch jedes Komtoir in Europa in Unruhe erhält. Wir haben nun die Rede und können nicht umhin, die Befürchtung auszusprechen, daß sie hierzulande von allen Klassen mit nicht geringer Enttäuschung gelesen werden wird. Das Traumbild von einer bedeutenden Annäherung an die wirkliche parlamentarische Regierungsweise verrinnt in Nichts, wie die Wirklichkeit an uns herantritt. Die Rede hat die möglichst schwächste Aehnlichkeit mit der eines konstitutionellen Monarchen. Die Maßregeln des Jahres werden nicht genau angegeben oder einzeln aufgezählt, und das ganze Schriftstück hat mehr das Ansehen einer Streitschrift als einer Darlegung. Die Kammern werden ersucht, der Regierung ihren Beistand zu leihen und mit ihren Rathschlägen zu Hülfe zu kommen, werden aber zugleich in sehr bedeutsamer Weise belehrt, innerhalb welcher Grenzen sie sich zu halten haben und in welche politische Region ihnen nicht vorzudringen gestattet ist. Aus dem Vergleich zwischen Sonst und Jetzt geht hervor, daß die alte Deputirtenkammer viele Mängel hatte, aber am Ende doch eine Macht und Realität war. Der neue gesetzgebende Körper hat viele Vorzüge, ist aber ohne Macht und Ansehen. Es verlohnte kaum der Mühe, eine solche Parallele zu ziehen, wenn kein erfreulicher Schluß daraus abzuleiten war. Wichtiger ist für uns der Abschnitt, der von der auswärtigen Politik handelt, und da finden wir die Rede noch weniger befriedigend. Er bekennt sich zum Prinzip der Nicht-Intervention, obgleich es zu den traurigsten Ausschweifungen ermächtige, und den extremen Richtungen Gelegenheit gebe, ihn an die Spitze der Revolution oder Reaktion zu drängen. Wir können, was er ferner über diesen Gegenstand sagt, nicht für beruhigend halten. Wir können nicht glauben, daß Frankreich oder Europa in der Ankündigung, daß dieselbe Politik, welche Savoyen und Nizza annektirte, auch in Zukunft die Geschicke Frankreichs leiten soll, eine Vorbedeutung fortdauernden Friedens erblicken werden. Das Vertrauen kann nicht und wird nicht wieder aufleben, weil die Vergangenheit nicht gerechtfertigt und die Zukunft nicht erklärt wird. Wenn ein großer Monarch eine Politik wie die der Nicht-Intervention verkündet, zugleich aber zeigt, wie leicht er sich aus einer bloßen Anwendung von Sympathie oder Antipathie über sein Prinzip hinwegzusetzen weiß, so verliert jene Verkündigung ihren Werth, und wen wird die Versicherung beruhigen, daß Frankreich nach den Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit handeln will? Als ob Savoyen und Nizza mit Recht und Gerechtigkeit annektirt worden wären, oder als ob je eine Nation das Schwert zöge mit der Erklärung, daß sie es für die Sache des Unrechts und der Ungerechtigkeit thue! Eine Rede, welche die vermeintlich zugestandenen Freiheiten wieder hinwegerklärt; die nur einer einzigen auswärtigen Macht, und auch dies nur nebenher, Erwähnung thut; die für keine einzige ein gutes Wort hat; die keinen Grund für die ungeheuren Armee- und Flottenrüstungen und keine Erklärung über die auswärtigen Beziehungen des Landes giebt, kann und darf Niemanden beruhigen."

Frankreich.

Paris, 5. Februar. [Die Thronrede des Kaisers] steht heute im „Moniteur" zu lesen. Dieselbe wird, wie das amtliche Blatt in seinem Bulletin bemerkt, wie auf die auserlesene Zuhörerschaft, auch auf das ganze Land den tiefsten und sympatischsten Eindruck machen. Der „Constitutionnel" findet in ihr „die siegreiche Antwort" auf die Befürchtung schwarzblickender Geister, das liberale Dekret vom 24. November v. J. werde doch weit eher abgeschwächt, als wirklich zur vollen Geltung gebracht werden. Ja, „die Regierung des Kaisers tritt mit vollkommenem Freisinn, wir müssen sagen, mit unerwarteter Kühnheit, in die neue Bahn, welche sie sich gebrochen". Werden den Kammern doch eine allgemeine Auseinandersetzung der Lage des Staates und die wichtigsten Depeschen der Diplomatie vorgelegt und ihnen gestattet werden, eine Adresse zu verfassen, welche nicht bloß eine Umschreibung der Thronrede, sondern der freie und ehrliche Ausdruck ihrer Ansichten sein soll. „Immer mehr wird die kaiserliche Politik, man kann's wohl sagen, eine Politik des hellen Tages und des unbewölkten Himmels." Frankreich wird nun auch, wie England, seine Blaubücher haben, von denen „volles Licht" über die Handlungen der Regierung sich ergießen wird. Aus der Bücher blauem Spiegel lacht der unbewölkte Zeus der kaiserlichen Politik, und wenn nirgend in der Welt mehr an ein rein uneigennütziges Verfahren in politicis geglaubt wird, Frankreich macht bekanntlich immer die Ausnahme, denn es steht an der Spitze der Zivilisation! — Das Urtheil des „Journal des Débats" über die Thronrede des Kaisers ist das gerade Gegenstück zu dem der „Times". Die Thronrede, sagen die „Débats", werde einen günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung machen. Der Kaiser habe sich liberaler gezeigt, als die Mehrzahl seiner Diener. Die bewilligten Freiheiten seien dankenswerth. Auch die Aeußerungen über die auswärtige Politik haben den Beifall der Débats. Die Thronrede sei aufrichtig friedlich (franchement pacifique).

Paris, 6. Febr. [Die Thronreden] lassen uns nicht zu Athem kommen. Herr v. Willisen hat uns kaum über die des Königs von Preußen beruhigt, die Interpretation der französischen hat eben begonnen, und schon bringt uns der Telegraph das Speech der Königin Viktoria. Das Eine was Noth thut, wird auch in der englischen Rede vermißt, die deutliche Erklärung, daß die Weltlage die Besorgniß eines nahen Krieges nicht rechtfertigt. Dieses Eine und nichts weiter war es, was die Meisten wissen wollten, und darüber geht die Königin eben so wie der Kaiser hinweg. Die Versicherung, daß England mit allen Mächten in guten Beziehungen stehe, ist eine zu banale, um Ersatz für das gewähren zu können, was wir zu hören erwarteten. Die Freunde der italienischen Einheit vermissen in beiden Stücken eine Garantie für die Verwirklichung ihrer Wünsche. Kurz, den Thronreden scheint es nicht gegeben, die Erwartungen zufrieden zu stellen. Werden die Budgets dieser Aufgabe näher kommen? Ich hatte bereits gemeldet, daß der Ausfall, den die Tarifreform hervorbringt, durch Mehreinnahmen gedeckt ist, ein Defizit also im Budget nicht hervortreten wird. Die Eröffnungsrede hat dies bestätigt. Trotzdem sind die Anleihegerüchte noch nicht verstummt. Die Solleinnahmen werden den Ausfall decken, von den Isteinnahmen, sagt man, habe Herr de Forcade diese Ueberzeugung nicht ganz. Die Regierung werde deshalb eine Ermächtigung zu einem Kredit von 300 Mill. Frcs. nachsuchen, dessen Realisirung aber noch von einer späteren Zustimmung des legislativen Körpers abhängig machen. Die vorläufige Ermächtigung werde nur als die staatsrechtliche Grundlage zur Einleitung der Verhandlungen benutzt werden. (BHZ.)

— [Der „Moniteur" über die englische Thronrede.] Der heutige „Moniteur" sagt in seinem Bulletin: „Die Thronrede der Königin von England bezeugt volles Vertrauen in die Mäßigung der Mächte und die Erhaltung des Friedens und erklärt, daß die Beziehungen Englands zu den auswärtigen Regierungen fortdauernd freundschaftlich und befriedigend sind. Man wird die Stelle bemerken, wo die Königin das herzliche Einverständniß proklamirt, welches bei den militärischen Operationen und den Unterhandlungen in China zwischen den Generalen und den Gesandten beider Nationen unausgesetzt geherrscht hat. Die Thronrede kündigt eine spezielle Vorlage von Dokumenten an, welche dieses freundschaftliche Einvernehmen bezeugen."

— [Tagesbericht.] Der Kaiser hat ein Memoire von dem Marschall Pelissier erhalten, in welchem derselbe die Forderung aufstellt, Algier solle eine besondere Vertretung nach dem Muster des englischen Australien erhalten. — Nach Berichten aus Toulon soll die Evolutionsflotte, welche vollständig ausgerüstet wird, in den ersten Tagen des Monats März in See stechen. Sie soll sich in die syrischen Gewässer begeben. Admiral Le Barbier de Tinan hat sich nach Toulon zurückbegeben, nachdem er mehrere Audienzen mit dem Kaiser gehabt hat. — Die syrische Frage wird angeblich in Paris verhandelt werden, und zwar sofort nach der Ankunft des neuen türkischen Gesandten, Vely Pascha, der nächste Woche hier erwartet wird. Einer der Sekretäre Fuad Pascha's, der alle nothwendigen Renseignements über die Zustände in Syrien ertheilen soll, kommt zu gleicher Zeit nach Paris. — Dem „Constitutionnel" zufolge ist die Rede davon, die Expedition in Kochinchina mit aller Energie zu führen und sich selbst der Hauptstadt zu bemächtigen, um Frankreichs Streitigkeiten mit dem Kaiser von Anam zu beendigen, welcher nicht eher Vernunft annehmen zu wollen scheine, als bis man ihm seinen Palast und vor Allem seine Schätze weggenommen haben werde. — Nach Beschluß des Kriegsministers wird jedem Korps ein Photograph beigegeben und sind bereits die französischen Offiziere aufgefordert worden, sich zur Erlernung der Photographie zu melden. — Graf Montbel, ehemaliger Minister unter der Restauration, ist, wie die „Union" meldet, in Frohsdorf gestorben. — Die „Patrie" widerlegt die von der spanischen „Correspondencia" gegebene Nachricht, daß der Papst Vorbereitungen zur Abreise von Rom treffe. — Aus Marseille wird heute telegraphirt: Laut Briefen aus Beyrut sei die Bewegung im Libanon wieder im Zunehmen; 12,000 Drusen hätten sich bei Moktara zusammengeschart, in der Absicht, die Vollstreckung des über ihre Häuptlinge gefällten Urtheils zu verhindern. Fuad Pascha war von Moktara wieder in Beyrut angekommen.

Niederlande.

Arnheim, 7. Febr. [Wasserstand.] Eine telegraphische Depesche meldet: „Der Rhein ist von hier bis Wyk bei Duurstede frei von Eis, das Wasser fallend und der Zustand gefahrlos. In der Waal ist das Wasser von oberhalb bis Tiel offen, die Deichversenkungen von Ochten bis Tuyl halten Stand; das Wasser ist auch hier überall im Fallen."

— [Die Ueberschwemmungen in Holland.] Ueber den Deichbruch bei Leeuwen berichtet die „Tiel'sche Zeitung", daß das ganze Land Maas und Waal mit 22 Dörfern überschwemmt ist; das Wasser steht bis an die Dächer der Häuser. Der Verlust von 62 Menschenleben bestätigt sich. Von allen Seiten eilte man zu Hülfe, denn Hunderte von Menschen, beraubt von Allem, saßen auf den Dächern der Wohnungen, die eben nur aus den Fluthen hervorragten, und sahen händeringend nach den Rettern aus. Man lebt jetzt in banger Besorgniß wegen des südlichen Maasdammes, welcher einen großen Theil von Nord-Brabant gegen die ganze Wassermasse der Waal und Maas schützt; ein Deichbruch desselben würde den Ueberschwemmungen auch nach jener Provinz hin eine erschreckliche Ausdehnung geben. Aus Arnheim wird der „K. Z." vom 5. Februar Nachmittags telegraphirt: „Verschiedene Dammsenkungen bedrohen die Nieder-Betuwe und den Tielerwaard mit Ueberschwemmung. Das Waaleis steht noch von Tiel bis Gorkum fest und verursacht starke Wasser-Aufstauungen. Das Rheineis steht von Wageningen bis Vreeswyk, das Wasser fällt aber. Bei Arnheim ist die fliegende Brücke wieder in Thätigkeit."

Italien.

Turin, 3. Febr. [Rücktritt des Finanzministers; Prinz Carignan; Nigra rc.] Der „Corr. Havas" schreibt man von hier: Der Finanzminister hat gestern seine Entlassung eingereicht, weil der Minister des Innern ein den Weisungen des Finanzministeriums entgegengesetztes Rundschreiben erlassen hatte. So sagt man wenigstens. Herr Minghetti, der einsah, er habe Unrecht gethan, suchte sein Rundschreiben zu modifiziren; dennoch aber blieb der Finanzminister, der außerdem die starke Partei der lombardischen Konservativen gegen sich hat, bei seinem Entschlusse. Herr v. Cavour übernimmt provisorisch das Finanzportefeuille. Es bedarf, bei dem kritischen Zustande des Staatsvermögens, einer bedeutenden Kapazität. Marquis Pepoli scheint als Kandidat auftreten zu wollen. — Prinz Carignan gefällt sich in Neapel nicht. Er bleibt dort, weil es der König will, giebt aber durch jeden Kurier den Wunsch zu erkennen, zurückzukommen. Er lobt die Nationalgarde sehr, aber er weiß nicht, was er gegenüber der durch die mißvergnügten Liberalen unterstützten Reaktion anfangen soll. Nigra bleibt, bis die Ausnahmegesetze zur Unterdrückung der Unordnungen von dem Parlamente votirt sind. Er kehrt dann nach Turin und später nach Paris zurück. — Der König ist sehr durch große Arbeiten, die er in Venaria, neun Kilometer von Turin, ausführen läßt, in Anspruch genommen. Er richtet dort Gestüte und Jagden ein.

Neapel, 2. Febr. [Zu den Wahlen; Theuerung.] Die täglich aus den Provinzen einlaufenden Nachrichten bestätigen, daß die Wahlen zum italienischen Parlament der großen Majorität nach im Cavour'schen Sinne ausgefallen sind. Die Wahl Garibaldi's in dem Viertel von San Fernando, dem reichsten und vornehmsten Neapels, ist nicht als Opposition gegen den Minister aufzufassen, sondern lediglich als Demonstration gegen jede Rückkehr zu den alten Zuständen und ihren Vertretern, und als solche ist sie wohl für die Stimmung Neapels bezeichnend genug. Die hiesige Kriegspartei, die Partei der That, die sofort Rom und Venedig zu gleicher Zeit angreifen möchte, ist, wenn man nach der Haltung ihrer Presse urtheilen kann, verstimmt über die Siege der Gemäßigten und hat deshalb den starken, herausfordernden Ton der letzten Wochen etwas gemildert. — Mittlerweile fährt die enorme Theuerung aller Lebensmittel fort, ihren bösen Einfluß auf die unteren Volksklassen auszuüben. Vorgestern versammlte sich ein großer Haufe vor dem Ministerialgebäude und verlangte Brot. Die Nationalgarde verhaftete einige der Hauptschreier, und den anderen wurde bedeutet, zu arbeiten, da Arbeit genug vorhanden sei; aber daran schienen sie eben keine große Lust zu haben, wie sich das von einem Neapolitaner auch gar nicht erwarten läßt. Das Ministerium thut alles Mögliche, um der Theuerung abzuhelfen: Erleichterung der Einfuhr von Getreide und Oel, Verbot der Ausfuhr des ersteren und, wie man sagt, bald auch des Oels; aber alle solche Mittel können nur ungenügende, theilweise Resultate erzielen, und neben dem Gange der Dinge in Venetien wird es hauptsächlich von der nächsten Ernte abhängen, ob die großen Massen noch irgend zugänglich sind für die unausgesetzten Bemühungen der Anhänger des alten Regime, oder nicht. (K. Z.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Ueber die Lage des Königs Franz in Gaëta berichtet die „K. Z." aus Wien, daß man es dort im Hinblick auf die neuesten der neapolitanischen Gesandtschaft zugegangenen Nachrichten als gewiß betrachtet, daß Gaëta binnen Kurzem fallen wird. Die Blokade wird sehr streng gehandhabt, und es können keine Lebensmittel mehr in die Festung gebracht werden, an welchen es bereits zu mangeln beginnt. Auch das Geld wird immer weniger, je theurer die Bedürfnisse werden. Die Subsidien sind verbraucht, das Anlehen ist nicht zu Stande gekommen, und die Mächte, welche den König Franz bis jetzt unterstützt haben, weigern sich, weitere Summen an eine Sache zu wenden, die als eine verlorene zu betrachten ist. Unter solchen Umständen bleibt nichts übrig, als zu kapituliren. Möglicher Weise wird man sich noch eine kurze Zeit zu halten suchen, der Ausgang ist aber nicht mehr zweifelhaft, insbesondere, da das Feuer der Belagerer keineswegs so wirkungslos gewesen ist, wie dies in den über Rom in Wien angelangten Berichten versichert wird.

Der Prinz von Carignan weilt noch immer in Mola di Gaëta, um zwischen Cialdini und Persano zu vermitteln. Die Versöhnungsversuche des Genie-Generals Menabrea waren gescheitert, er berichtete deshalb an den König, der sofort den Statthalter ins Lager schickte, welcher jedoch, wie es scheint, auch nicht besonders glücklich ist. Die ministeriellen Organe in Turin suchen diesen unerquicklichen Hader zu vertuschen; indeß ist es bekannt, daß Persano ein so kühner wie ungelenker Charakter ist, und daß ihm auch ein guter Theil der Schuld zufällt, daß die früheren neapolitanischen See-Offiziere sich so widerspänstig gezeigt haben. Diese Zerwürfnisse wirken in Italien um so ärgerlicher, als die Restaurations-Partei jetzt offen verkündigt, im März werde „das Warschauer Programm zur Ausführung kommen", wenn der König Franz alsdann noch in Gaëta stehe.

Dem „Ami de la Religion" wird aus Neapel geschrieben: „Die Truppen des Generals von Sonnaz genügen nicht mehr, um die Nordprovinzen trotz der unbarmherzigen Exekutionen zu behaupten. Man will nicht, daß die Wahrheit bekannt werde (hauptsächlich nicht in Frankreich), und deshalb verweigerte man die Aufnahme der telegraphischen Depeschen, welche ich an Sie absenden wollte. Die Aufregung in der Umgebung des Prinzen von Carignan ist aufs Höchste gestiegen und es würde mich nicht wundern, wenn dieser Tage ein Aufruhr unter den gemeinen Lazzaroni camoristi ausbräche, welche eine Rolle unter der Direktion der Polizei spielen, und welche mit der Bearbeitung der Wahlen beauftragt worden sind. Vorgestern (den 28.) wurde auf telegraphischem Wege eines der hier stationirenden Versaglieribataillone in aller Eile nach Aquila berufen.

In Neapel trafen, laut der „Gazette du Midi", am 2. Febr. über 1000 bourbonische Soldaten ein, die in den Abruzzen gefangen genommen wurden. Zu Neapel belegte die Polizei wieder eine Korrespondenz mit Rom mit Beschlag; auch zwei als Bauern verkleidete Emissäre wurden verhaftet.

Der „Gazette du Midi" schreibt man: „Auf Sicilien wagen die Piemontesen der Anarchie, die von einem Ende der Insel bis zum anderen herrscht, nicht entgegenzutreten und haben sich damit begnügt, eine einzige fliegende Kolonne nach Girgenti zu schicken. In Palermo ist der politische Meuchelmord an der Tagesordnung; ein gedruckter Maueranschlag, von dem auch Exemplare nach Neapel geschickt wurden, bezeichnet nicht weniger als 85 Personen, von denen viele die geachtetsten Namen tragen, als dem Dolche verfallen. Die Nationalgarde bleibt unthätig und wagt es nirgends zum Schutze der Bedrohten einzuschreiten."

Nach der ministeriellen Turiner „Opinione" vom 4. Februar stürzte in Mirto in der Provinz Messina am 27. Januar während der Wahlen eine „bourbonische Bande" in den Saal und tödtete den Präsidenten und dessen Söhne.

Spanien.

Madrid, 2. Febr. [Finanzielles.] Der Finanzminister hat in der Sitzung der Abgeordnetenkammer folgende Erklärung abgegeben: Man begeht einen großen Irrthum, wenn man behauptet, daß die Summe, welche zur Amortisation der Schuld bestimmt ist, nur unbedeutend sei. Nimmt man die Zahl von 1333 Millionen Realen als den vermuthlichen Werth der Klostergüter an und zieht man hiervon 650 Millionen Realen für außerordentliche Ausgaben ab, so bleibt noch eine sehr beträchtliche Summe für die Amortisation der schwebenden Schuld übrig." Hr. Estrada bemerkte hierauf im Namen der Kommission, daß die Zahl von 1333 Millionen, für welche man die Klostergüter schätze, außerordentlich niedrig sei, und daß das Ergebniß des Verkaufs gewiß 2000 Millionen Realen ergeben werde. — Nach einer von der „Epoca" gemachten Zusammenstellung ist die Lage des spanischen Schatzes jetzt eine relativ sehr günstige, wie sich dies namentlich aus der jetzt sehr pünktlichen Zinsenzahlung ergiebt. Im Verlaufe eines Monats wurden 112,386,769 Realen, beinahe der ganze Betrag für die Zinsen eines Semesters, ausgezahlt, und auch für die noch rückständigen Summen liegen die Fonds in dem Finanz-Ministerium bereit. Die Verzögerung rühre nur von der Unpünktlichkeit her, mit welcher die Obligationen behufs der Auszahlung der Zinsen vorgezeigt werden.

Madrid, 4. Febr. [Konspirationen.] Die „Correspondencia" berichtet nach einem Gerüchte, daß die Anhänger des Infanten Don Juan und die Demokratie thätig konspiriren und daß die Regierung, welche sie überwacht, entschlossen sei, eine ernste Unterdrückung auszuüben.

Rußland und Polen.

⊕ **Aus dem Königreiche Polen**, 7. Febr. [Die Besonnenen; der landwirthschaftliche Verein; die Leibeigenschaft; Verschiedenes.] Wie wir durch sichere Nachrichten aus Warschau erfahren, hat dort eine Partei unter den Polen sich gebildet, welche dahin zu wirken sucht, daß die Strebungen der Exaltirten so viel als möglich paralysirt und die Störungen in

dem guten Vernehmen mit der Regierung möglichst wieder gut gemacht werden. Diese das wahre Wohl der polnischen Nation bezweckende Partei soll auch bereits an den Kaiser petitionirt, ihm ihre Ergebenheit bekundet und ihn gebeten haben, die der polnischen Nation seit seiner Thronbesteigung bewiesene Gewogenheit auch ferner bewahren und nicht das Ganze entgelten lassen zu wollen, was Einzelne durch ihre oppositionellen Kundgebungen verschuldeten. Diese Thatsache wird so wenig der Agitationspartei willkommen sein, wie sie den Absichten der inspirirten Presse Frankreichs genehm sein dürfte, welche mit vollen Backen die Fortschritte der polnischen Aufstandsbewegungen ausposaunt, um die Anhänger der Umsturzpartei zu ermuthigen. — Wie es bis jetzt den Anschein hat, wird die vierte Generalversammlung des landwirthschaftlichen Vereins am 24. Februar in Warschau beginnen und nicht von der Regierung inhibirt werden. — Die Proklamation der Freiheitserklärung für die Leibeigenen im Kaiserreiche soll nunmehr definitiv am 18. Februar (alten Nils) erfolgen, und sollen die Regulirungen der Verhältnisse zwischen den Grundherren und ihren zugehörigen Bauern größtentheils schon erfolgt und weitere Störungen nicht zu fürchten sein. — Im Radomer Gouvernement hat man, nachdem sich der Schnee zum Theil verloren, in einer Lehmgrube, welche zehn Fuß tief und noch über das Niveau ihres Randes mit Schnee gefüllt war, die Leichname dreier Kinder gefunden, welche seit dem 13. Dezember vermißt wurden und zu jener Zeit in diese Grube gerathen sein mögen, als sie bei heftigem Schneegestöber ihren aus der Stadt zurückkehrenden Eltern entgegegengingen. — Die in Wolhynien und Littauen stehenden Truppenabtheilungen, welche bereits Ordre zum Vorrücken gegen die Grenzen des Königreichs hatten, sollen Befehl erhalten haben, vorläufig in ihren Positionen zu bleiben und ihre Verstärkungen abzuwarten. Die Warschauer Zitadelle ist jetzt wieder ziemlich belebt von zu lauten Opponenten und politischen Agitatoren.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 7. Februar. [11. Sitzung.] Um 10 Uhr 30 Min. wird die Sitzung von dem Präs. Dr. Simson eröffnet. Die Tribünen sind weniger gefüllt. In der Hofloge der Prinz Friedrich Karl, in der Diplomatenloge die deutschen Gesandten. Am Ministertische die Herren Graf Schwerin, v. Bernuth, Graf Pückler, v. Patow, v. Schleinitz, v. d. Heydt, v. Auerswald, v. Bethmann-Hollweg. — Zur Spezialdiskussion über das Alinea 13 (Bundeskriegsverfassung) übergehend, wird dieselbe zuerst über dies Alinea nach dem Entwurfe und über das Amendement Stavenhagen eröffnet, nachdem das Żółtowski'sche Amendement (s. Nr. 29) genügende Unterstützung gefunden hat. Das Wort nimmt der Abg. v. Stavenhagen. Er bittet zuerst um Entschuldigung, daß er von hinten anfängt. Es kann bei seinem Amendement das Verhältniß zu Oestreich nicht umgangen werden. Bezüglich der gestern vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten gethanen Aeußerung, worin er sein Bedauern aussprach, daß der Abg. v. Vincke sich so unfreundlich über Oestreich ausgedrückt, so wird Hr. v. Vincke wohl nur von der östreichischen Regierung gesprochen haben. Das östreichische Staatsschiff wird von dem Grafen Rechberg und Hrn. v. Schmerling geleitet; letzteren hat Abg. v. Vincke gestern treffend charakterisirt; der Graf Rechberg trägt zwar den Schwarzen Adler-Orden auf der Brust, aber in der Brust ist es nicht anders geworden. Man scheint bei uns in Beziehung auf Oestreich ein wenig leicht gläubig zu sein, ich sage leicht gläubig. Es soll zwischen den beiden deutschen Großmächten eine Uebereinstimmung in allen großen europäischen Fragen herrschen, von deutschen Fragen war dabei leider nicht die Rede. Preußen soll auch mit England in Uebereinstimmung sich befinden, also in der italienischen Frage herrschte (nach der „Preuß. Ztg.") das vollkommenste Einverständniß zwischen drei Großmächten, nach dem mathematischen Grundsatze, der in der Politik nicht anwendbar zu sein scheint. Ich habe keine offizielle Kenntniß über die jetzt statthabenden Verhandlungen betreffs der Bundeskriegsverfassungsrevision; ich schwärme nicht für die preußischen Vorschläge, es fehlt da die Vorausschickung, was geschehen soll, wenn bei der Aufstellung des Bundesheeres eine der deutschen Großmächte ausfällt; es wäre besser, Alles beim Alten und es auf den Entschluß des Augenblicks ankommen zu lassen. Ich gehöre nicht zu Denjenigen, welche die Kriegsglocke gegen Frankreich geläutet haben, aber droht eine Kriegsgefahr, so droht sie uns von Frankreich, das fühlt jeder Deutsche, und daher der allgemeine Ruf, daß Preußen die diplomatische und militärische Vertretung Deutschlands zu übernehmen habe; der Oberbefehl kann keiner bessern Hand übergeben werden, als der des Königs von Preußen, des Hortes von Deutschland. Der König fühlt sich als solcher, er hat es ausgesprochen, er hat den Oberbefehl 1859 gefordert, er hat ihn fordern müssen, er wird ihn immer fordern müssen. Wer es gut meint, der stimme für unsern Vorschlag. — Abg. v. Berg: Ich räume mit Vielen es ein, daß es nothwendig ist, Preußen nicht nur an die Spitze des deutschen Heeres zu stellen, aber grade deshalb hat man sich bei den Verhandlungen über die deutsche Kriegsfrage zu hüten, sie nicht unter einem einzigen Gesichtspunkte zu beurtheilen. Die Kriegsverfassung bildet einen Theil der Bundesverfassung. Die Forderung nach einer Umgestaltung der Kriegsverhältnisse Deutschlands ist eine sehr allgemeine, aber wie will man andere Mächte in Deutschland zur befriedigenden Erledigung dieser Frage zwingen? Der Patriotismus führt zu Vorurtheilen und Uebergriffen, aber auch Vorurtheile gegen Preußen verlangen Berücksichtigung. Wohl kann ich mit dem zweiten Theil des Amendements v. Stavenhagen mich einverstanden erklären. Auch ich glaube, daß Preußen den deutschen Schwerpunkt bildet; aber wollte man darum gleich Bedingungen sine qua non stellen, so würde man eine befriedigende Gestaltung der deutschen Frage nur gefährden. Preußen hat vor Allem erst sich allseitig selbst zu prüfen, dann aber muß es mit dem festesten Selbstvertrauen in die Verhandlungen eintreten. Um aber zu gutem Ziele zu gelangen, ist es erst nöthig, daß alle deutschen Staaten wahrhaft freisinnige Verfassungen erhalten. So lange aber Kurhessen, Mecklenburg und Anhalt in ihren jetzigen Zuständen verbleiben, bilden sie ein sehr störendes Moment für eine bessere Gestaltung Deutschlands. Da wir nun in der Adresse und in dem Amendement keinen Weg angeben, wie die bestehenden Uebelstände zu heben sind, so thun wir besser, die ganze Angelegenheit der Regierung zu überlassen. (Bravo!) — Abg. v. Carlowitz (schwer verständlich): Die Einheitsbestrebungen dürfen nicht mit den Nationalitätsprinzipien verwechselt werden. Erstere haben eine Einigung desjenigen zum Gegenstande, was völkerrechtlich bereits einig ist; letzteres reklamirt die Einigung dessen, was fremden Staaten gehört. Das Nationalitätsprinzip kann nur dann zur Geltung kommen, wenn alle Staaten, auch die mächtigsten, dasselbe mit allen seinen Konsequenzen zur Anwendung bringen. So lange dies nicht der Fall, muß man sich gegen die Verallgemeinerung dieses Prinzips erklären. England, das so für Italien geschwärmt, läßt es die jonischen Inseln fahren? Ich habe noch nicht gehört, daß man Deutschland gerecht werden wolle, und es hat doch auch schon deutsche Provinzen verloren, die Deutschland noch lieben. Zu den deutschen Einheitsbestrebungen zurückkehrend, so hat der deutsche Bundestag noch nichts dafür gethan. Unsere deutschen Bundesgenossen fordern preußische Kanonen, aber von Gegenleistungen ist nicht die Rede. Der Bundestag ist eine Fessel, und erst wenn diese Fessel abgestreift ist, dann wird Deutschland einig sein. Preußen ist aber auf Deutschland angewiesen und deutsche Interessen sind auch preußische Interessen. Mögen wir uns vor den vor 12 Jahren begangenen Fehlern hüten! Eine Nation, die es nicht wagt, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, die die Einmischung des Auslandes fort und fort fürchtet, ist dieses Namens nicht würdig. Welche Macht würde sich denn auch den deutschen Einheitsbestrebungen widersetzen können? Nicht England, nicht Rußland, nicht Italien, nicht Oestreich, obgleich es bis jetzt nichts für Deutschland gethan. Und Frankreich? Mit Frankreich allein nehmen wir es auf, da werden wir einig sein. Warum giebt man denn immer Frankreich die Rolle der Klapperschlange? Was das Stavenhagen'sche Amendement betrifft, so kann man es dreist annehmen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Schleinitz: Es ist heute und gestern auf Artikel in der „Preuß. Zeitung" Bezug genommen worden; ich habe die „Preuß. Ztg." nicht zu vertreten und fühle mich weder berufen noch verpflichtet, den Herren auf dieses Terrain zu folgen. Die Regierung hat bereits Veranlassung gehabt, sich über ihre Stellung zu den Reformbestrebungen in Deutschland auszusprechen. Auch die Regierung hält für das Interesse, die Machtstellung, die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands ein festeres Zusammenfassen der deutschen Nationalkräfte nach Außen im hohen Grade wünschenswerth; nur müsse dieses Werk auf streng gesetzmäßigem Wege und mit gewissenhafter Achtung fremder Rechte geschehen. Ihrerseits zu so umfassenden Reformen die Initiative zu ergreifen, würde die Regierung nur dann mit ihrer Würde und den Interessen Preußens vereinbar halten, wenn sie es mit sicherer Aussicht auf Erfolg thun könnte. Die Regierung hegt zu der Weisheit der deutschen Regierungen das feste Vertrauen, daß sich bei Ihnen die Erkenntniß dessen, was Noth thut, immer mehr Bahn brechen werde, um so endlich das große Problem lösen zu können. Für jetzt ist es die nächste und erste Aufgabe der Regierung, den vaterländischen Geist, den Geist der nationalen Eintracht und Unabhängigkeit im deutschen Volke wach zu halten, es ist dies die Aufgabe der Regierungen nicht allein, sondern auch die jedes Vaterlandsfreundes. Die Regierung ist auf die Stärkung und Vermehrung der Mittel bedacht, welche Deutschlands Machtstellung in Europa sichern. Deshalb ist Preußen neulich mit Oestreich über die hochwichtige Frage bezüglich der Militärverfassung in Verhandlungen eingetreten, von denen ein günstiges Resultat zu hoffen ist, ein Resultat, welches seinen Grund aus der Nothwendigkeit schöpft, vorbereitet zu sein, um die große militärische Aufgabe zu lösen, welche früher oder später an Deutschland herantreten wird. Mit dem Adreßentwurfe kann sich die Regierung einverstanden erklären; nicht so mit dem Amendement Stavenhagen, weil dasselbe weit über den Standpunkt der Regierung hinausgeht, weil dasselbe den beabsichtigten Zweck nicht nur nicht fördern, sondern auch wesentlich beeinträchtigen würde. Ueber den hochwichtigen Gegenstand, welchen dieses Amendement berührt, herrschen wesentliche Meinungsverschiedenheiten nicht bloß unter den Regierungen und im Volk, sondern unter den besten einflußreichsten Männern Deutschlands. Dieser Antrag wird diese Gegensätze nicht mildern, nicht ausgleichen, er wird sie schroffer machen. In einem großen Theile Deutschlands herrscht nämlich eine große Abneigung gegen die Art der Lösung der hochwichtigen Frage, welche das Amendement vorschlägt. Ich besorge, daß man dasselbe als einen neuen Beweis preußischer Anmaaßung auf das Gehässigste ausbeuten werde, während durch eine zurückhaltende wohlwollende Haltung man viel versöhnlicher und viel besser wirken könne. Bei der gegenwärtigen schwierigen Weltlage erscheint es mir nicht als der geeignete Augenblick, so umfassende Reformen vorzunehmen. Wenn man Eintracht will, darf man nicht Zwietracht säen, um Sturm zu ernten. (Bravo links!)

Abg. v. Reichensperger (Geldern): Man behauptet, daß das deutsche Volk die vollständige deutsche Einheit erstrebe; ich aber glaube, daß dem nicht so sei, denn diese Einheit widerstrebt der Natur des Deutschen. Es mag sein, daß unklare Vorstellungen über Deutschlands Einheit vielfach vorliegen, über die Einheit in dem Herzen Europa's; ich aber behaupte, daß diese Einheit nicht bloß der Natur des Deutschen, sondern auch der gesammten Geschichte Deutschlands widerspricht. Zunächst bedürfe man doch für ein einheitliches Deutschland eines deutschen Kaisers, und noch sei er nicht da. Es scheine daher sicherer, daß die Einheit Deutschlands nur auf Wegen erreichbar sei, wie die Einheit Frankreichs, und das werde man doch nicht für wünschenswerth halten. Nach den vom Abg. für Görlitz (v. Carlowitz) ausgesprochenen Ansichten könne man sich wundern, daß die rechte Seite des Hauses dieselben unterstütze, obwohl sie nicht geeignet sind, das Ministerium zu stützen. Das Amendement könne daher keine Bedeutung haben, da es bekannt sei, daß die Staatsregierung ihren Sinn nicht theile, und es sei daher zu erwarten, daß das hohe Haus das Amendement Stavenhagen ablehnen werde. — Abg. v. Blanckenburg: Meine Herren! Sie mögen sich wundern, daß auch ich in einer auswärtigen Frage das Wort ergreife, aber ich halte mich dadurch als entschuldigt, daß diese Frage auch unser engeres Vaterland innig berührt. Abg. v. Carlowitz hat bemerkt, daß es noch immer Leute gebe, welche die einheitliche Gestaltung Deutschlands von einem Bundestage erwarten; ich entgegne, daß eine Einigung Deutschlands von vielen Leuten nur auf dem Wege des Staatenbundes erwartet werde. Betreffend den Inhalt des vorliegenden Amendements, so steht er dem Gedanken des gestern vom Hause angenommenen sehr nahe. Beide erscheinen mir gleich unbedeutend, aber auch gleich bedeutend. (Der Redner geht auf eine Kritik des gestern angenommenen Amendements näher ein, wird aber vom Präsidenten an dieser Fortsetzung behindert.) Der Schluß des vorliegenden Amendements müsse die Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten unterstützen, und das sei es, was dem Antrage große Bedeutung gebe. Der Antrag gehe auch darauf hinaus, Oestreich das zu verweigern, was es von Deutschland zu verlangen berechtigt sei. Ich hoffe und erwarte, daß Oestreich keine Wege mehr gehen werde, die deutsche Interessen gefährden, wolle man aber versuchen, Oestreich aus Deutschland herauszumaaßregeln, dann werde man sich bald vom traurigen Irrthum überzeugen. Der Redner glaubt, daß Deutschland mit einem Parlament auf demokratischer Grundlage Oestreich nur dahin unterstütze, um so schneller zu eigener Einigung und Stärkung zu gelangen. Gefährde man also nicht Deutschlands wahre Interessen in einer Zeit, die so viel Stoff bietet; erinnere man sich vielmehr, daß eine deutsche Fürstentochter in diesem Augenblicke in Gaëta Beweise eines hohen Muthes giebt zu deutscher Ehre, und bedenke man endlich, daß nur auf friedlichem und gesetzlichem Wege eine ersprießliche Einheit Deutschlands zu erzielen sei. (Bravo! links.) — Abg. Reichensperger (Köln) glaubt nicht, daß eine Kritik von Beschlüssen des Hauses von der Tribüne unerlaubt sei. — Der Präsident Dr. Simson tritt der Redefreiheit nicht zu nahe, aber eine tadelnde Kritik ist unzuläßig, und die Kritik des Abg. v. Blanckenburg, der gestrige Beschluß sei der unbedeutendste, den das Haus gefaßt, ist eine absolut unzuläßige, die ich nie, so lange ich an diesem Platze stehe, dulden werde; eine solche Kritik verletzt die Achtung des Hauses. — Abg. Reichensperger (Köln) spricht nur den Grundsatz aus, daß man Beschlüsse überhaupt kritisiren könne. Der Zwischenfall hat keine weiteren Folgen. — Abg. Burghardt ist nicht der Meinung des Abg. v. Blanckenburg in Betreff des gestrigen Beschlusses. Wir haben nicht dem Nationalitätsprinzip zustimmen wollen; wir wollen nur anerkennen, daß die preußische Politik eine strenge Neutralität zur italienischen Frage innehalten, daß Preußen versuchen müsse, eine friedliche Lösung derselben herbeizuführen, daß eine Konsolidirung Italiens ein deutsches Interesse ist. In Betreff der deutschen Frage sind wir gewiß alle in der Sache einig, aber dem milderen Ausdruck in der Adresse ist der Vorzug vor dem Amendement zu geben. Kommt die Sache auf das Terrain des Programms, so wird die Lösung schwierig.

Abg. v. Vincke (Hagen) tritt den Anschauungen des Abg. Reichensperger entgegen, was Deutschland und den Bundesstaat betrifft, und auch seine frühere Haltung. Zur Sache selbst und bezüglich des Amendements ist es nicht die die Aufgabe der Kammer, der Regierung zu sagen, wie sie die große Sache zu regeln hat; das ist Sache der Regierung. Fällt der Versuch, den Oestreich jetzt macht, was nicht wahrscheinlich, glücklich aus, so wird der deutschen Einheit ein noch größeres Hinderniß als jetzt bereitet, denn der Dualismus tritt noch schärfer hervor, und dieser Dualismus ist ein Unglück. Der Minister v. Schleinitz möge doch an die Würzburger Beschlüsse denken; sind die geeignet, Vertrauen zu erwecken? Ich glaube, der Minister selbst hat dieses Vertrauen nicht. Die Gegner des Amendements stellen sich auf den Standpunkt Süddeutschlands, aber die Norddeutschen sind doch auch da, und gerade gegen die Vorwürfe, die Preußen gemacht werden, ist das Amendement gerichtet. Erst wenn wir in äußerster Noth sein werden, wird es zu einer Einheit kommen, aber man kann doch jetzt schon sagen, worauf unsere Bestrebungen gerichte sind. Wenn der Minister nicht erklärt, daß aus Annahme des Amendements eine Gefahr dem Vaterlande erwächst, so stimme ich für dasselbe. — Frhr. v. Schleinitz: Der Regierung würde die Annahme des Amendements in hohem Grade unerwünscht sein, eine Gefahr würde allerdings nicht daraus erwachsen; aber ich meine doch, daß das Haus die von mir entwickelten Gründe würdigen und berücksichtigen könnte. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Mathis (Barnim) hält eine Zurückhaltung in der Sprache, Kraftentwickelung in der Handlung für nothwendig, wünscht eine Berücksichtigung der Worte des Ministers und dringt auf Verwerfung des Amendements. — Abg. v. Carlowitz macht eine kurze persönliche Bemerkung. — Abg. v. Berg: An der Kaiseridee wird die deutsche Einheit scheitern. Der Redner erinnert zunächst an die vergeblichen Bestrebungen nach deutscher Einheit in Frankfurt und Erfurt und geht dann auf die Bundesgenossenschaft Preußens ein. Man habe eine solche als eine natürliche mit England bezeichnet, ich glaube aber, daß es nicht schwer sei, ebenso eine Natürlichkeit der Bundesgenossenschaft zwischen Oestreich und England nachzuweisen. Ich habe zugegeben, daß Preußen an die Spitze Deutschlands zu treten habe, denn es ist der Schwerpunkt Deutschlands, aber die Zeit dazu wird erst dann eingetreten sein, wenn der östreichische Antagonismus gegen Preußen gehoben ist. Betreffend den bestehenden deutschen Bund, so sei derselbe im Recht, ein Eigenthum des deutschen Volkes, denn seine Schöpfung ist ein Ausfluß fürstlicher Zusagen auf die Opfer, die das deutsche Volk gebracht. Für die deutschen Fürsten ist also der Bund eine Pflicht. Man könne zugeben, daß der Bund, aus dem Verein absoluter Staaten hervorgegangen, wenig anerkennenswerth sei, aber ich bestreite bestimmt, daß aus den konstitutionellen Staaten Deutschlands ebenso Unvollkommenes hervorgehen müsse. Schließlich weist der Redner auf den Unterschied zwischen den beklagen werthen italienischen und preußischen sozialen Zuständen hin; jene seien mangelhafter in Folge autonom-kommunaler Zersplitterung, während diese ihre bessere Entwickelung gefunden habe durch das absolute Preußen. (Bravo! links.) — Abg. v. Stavenhagen: In meinem Antrage liegt kein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, aber in Folge der Aeußerung des Ministers ziehe ich mein Amendement zurück. — Abg. Frhr. v. Hoverbeck nimmt dasselbe wieder auf. — Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abg. Reichensperger (Geldern) und v. Carlowitz nimmt der Berichterstatter das Wort, um sich gegen den Antrag zu erklären. Wir wollen auch den Bundestag so, wie ihn der Antrag will, aber was wir nicht wollen, daß ist die Ausschließung Oestreichs aus Deutschland. Der Redner erwähnt der in Eßlingen gehaltenen Versammlung und der auf derselben entwickelten Doktrinen, namentlich in Betreff Oestreichs. Für eine unmittelbare Lösung der deutschen Verfassungsfrage ist der Augenblick noch nicht gekommen. Der Bundestag als solcher ist von keiner politischen Bedeutung, denn er ist nur ein Kollektivbegriff der deutschen Regierungen; der Bundestag ist also nichts, was man hassen oder lieben könnte. Die Bundesversammlung ist nicht die Erbin der provisorischen Zentralgewalt, sie ist die Reaktivirung des Alten, sie hat kein Recht, Beschlüsse zu fassen, ohne die Zustimmung der einzelnen Landesvertretungen. Wenn der östreichische Volksstamm sich ferner so konstituirt, daß er eine Verfassung hat, die mit der deutschen harmonirt, so hat er ein Recht, in den deutschen Bund einzutreten; aber die östreichische Regierung nimmt diesen deutschen Standpunkt nicht ein, ihre Interessen sind keine rein deutschen, und da hat Oestreich kein Recht zum Zutritt, denn das deutsche Volk ist dazu nicht da, die Interessen der östreichischen Regierung zu vertreten. Der Tag wird kommen, an dem das deutsche Volk sich konstituirt und den Platz einnimmt, der ihm gebührt. (Bravo! rechts.) — Bei der folgenden namentlichen Abstimmung über das Amendement Stavenhagen erklären sich nur die Abgg. Anker, Aßmann, v. Bargen, Behrend (Danzig), Berger, v. Diederich, Diesterweg, v. Forkenbeck, Gräser, v. Guttry, Häbler, Hinrichs, Houssellc, v. Hoverbeck, Immermann, Kießling, Klotz, Krieger, Kuhlwein, Larz, Leue, Mende, Dr. Morgen, Müller, Natorp, Pannier, Peterson, Quassowski, Reichenheim, Richter (Königberg), Richter (Arnswalde), Ritter, Schöller, Schömann, Stephann, Stielke, Thiel, Waldeck, Dr. Wägeler für dasselbe, überhaupt nur 41 Stimmen, und 261 Stimmen gegen dasselbe. Es wird die Debatte hierauf wieder aufgenommen und zwar über das zu Alinea 13 gestellte Amendement Żółtowski.

Abg. v. Żółtowski spricht über die Stellung der preußischen Unterthanen polnischer Nationalität und über ihre Rechte, wie das in ähnlicher Weise auch von anderen polnischen Abgeordneten geschehen. Er knüpft daran die Versicherung, daß er und seine Landsleute keine Gelegenheit vorübergehen lassen würden, ihre nicht befriedigten gerechten Forderungen immer wieder zur Sprache zu bringen. Die Anführung des Herrn Ministers des Innern aus dem Besitzergreifungspatent: daß die polnische Sprache neben der deutschen gebraucht werden solle, läßt ihn schließen, daß die herrschende Sprache im Großherzogthum Posen die deutsche sein solle und die polnische nur neben ihr geduldet werde, was er weder im Rechte, noch in der Natur der Verhältnisse des Großherzogthums als begründet erachten könne. Einem Jeden das Seine zu gewähren, sei ein schöner Grundsatz, so heilig, wie das Gebot: „Du sollst nicht tödten." Ob aber diesem Grundsatze entsprechend in Posen von der Regierung immer gehandelt sei, das wolle er nur als eine gewichtige Frage hinstellen. (Der Redner ist zweimal vom Präsidenten aufgefordert worden, sein Urtheil über das preußische Obertribunal zu mäßigen, mit dem Hinweise, daß er ein Drittesmal die Entscheidung des Hauses einholen müsse, ob ihm nicht das Wort zu entziehen sei. Vieles von der Rede war nicht zu verstehen). — Abg. v. Schleinitz (Chodziesen) kann es sich erklären, daß unter den polnischen Bewohnern der Provinz Posen es Manche gebe, welche sich zu dem deutschen Elemente im Gegensatz befinden. Aber die Herrn Polen hier im Hause seien doch gute Preußen, denn sie haben dem König von Preußen und der Verfassung Treue geschworen und von ihrer Ehrenhaftigkeit läßt sich erwarten, daß sie diesen Schwur halten. Wenn die Polen anderswo mit der Gerechtigkeit und Nachsicht behandelt würden, wie im Großherzogthum Posen, so würden sie es anerkennen, und wenn die Polen im Großherzogthum behandelt würden, wie im Königreich Polen, dann gäbe es im Posenschen keine polnischen Gutsbesitzer mehr. Es sei der entscheidendste Grund für die Gereiztheit mancher Polen der, daß die Provinz nicht mit dem Schwerte, sondern im Frieden mit dem Pfluge und der Industrie erobert worden, und so ist denn auch der polnische Bauer mit der preußischen Regierung sehr zufrieden, denn der polnische Bauer ist nicht dumm, sondern sehr klug. Wenn die Polen aber glauben, daß sie die Provinz Posen jemals wieder polnisch machen können, so irren sie sich; die Deutschen würden dagegen kämpfen mit ihrem letzten Blutstropfen. Der Redner weist darauf durch Einzelnheiten nach, daß die Polen im Gebrauch der polnischen Sprache keineswegs beschränkt werden. Wenn ein polnischer Bewohner Posens an eine Behörde in polnischer Sprache schreibt, so wird ihm in derselben Sprache geantwortet, selbst wenn die Behörde überzeugt ist, daß der Betreffende gut deutsch schreibt. In der Verwaltung, im Gericht, in der Kirche sei der polnische Bewohner der Provinz Posen keineswegs gedrückt, und lasse sich weit eher behaupten und nachweisen, daß die nicht deutschen Evangelischen in der Provinz, die zur Erhaltung der katholischen kirchlichen Bedürfnisse beitragen müssen, nachtheiliger gestellt sind, als die Polen. Auch sei für das Bildungswesen in Posen durchaus nach Bedürfniß gesorgt, und eine preußische Regierung, die in der Provinz Posen noch ein polnisches Gymnasium zuließe, müsse blind sein. Es können Belege dafür gebracht werden, daß die Regierung das Germanisiren eher vernachläßigt als übertreibt. Der Redner fordert schließlich die Polen auf, die Hand anzunehmen, die mit offenem Herzen von den Deutschen ihnen geboten wird, damit endlich die künstliche Aufregung in der Provinz Posen aufhöre und statt ihrer Frieden einkehre. — Der Minister des Innern: Die Rede des Abg. v Żółtowski trug nach meinem Gefühl den Charakter des innersten, tiefsten Schmerzes, und ich finde es, vom menschlichen Standpunkt aus, nicht geboten, zu antworten, da es zur Aufklärung der Sache selbst nichts beiträgt. Aber ich warne Sie: mögen Sie sich hüten, nicht Geister heraufzubeschwören, die Sie, einmal heraufbeschworen, nicht mehr bannen können, und womit Sie unsägliches Ungemach wider Ihren Willen bereiten würden. Es ist nicht Sache der Regierung, mit Wollust in Wunden herumzuwühlen; es ist nicht ihre Absicht, Oel ins Feuer zu gießen; wenn also die kommenden Redner denselben Ton, wie Abg. v. Żółtowski anschlagen, so werde ich mich nicht weiter in die Debatte mischen, da das Amendement doch nicht Aussicht hat, angenommen zu werden. — Ein Antrag auf Vertagung wird, nach persönlichen Bemerkungen des Abg. v. Bentkowski und Guttry, angenommen und die Sitzung geschlossen.

Berlin, 8. Februar. [12. Sitzung.] Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr und theilt mit, daß der Abgeordnete Dr. Wegeler sein Mandat niedergelegt. Es wird hierauf in die gestern vertagte Debatte eingegangen. — Abg. Dr. Libelt (von der poln. Fraktion) glaubt es voraussetzen zu können, daß die Polen, ihre natürlichen und garantirten Rechte lebhaft vertheidigend, nicht mißdeutet werden. Es sei aber Unrecht, die Interessen der polnischen Bewohner in ihren nationalen Berechtigungen von den andern polnischen Bewohnern des Großherzogthums (?) trennen zu wollen. Der Redner hebt nun wieder die Sprachangelegenheit hervor, indem er es als verletzend bezeichnet, der polnischen Sprache nur neben der deutschen in Posen Geltung einzuräumen, und theilt vorgekommen sein sollende Unzuträglichkeiten mit. Derselbe führt dann aus dem Besitzergreifungspatent die königlichen Worte an: „Auch Ihr habt ein Vaterland; Ihr seid dem preußischen Staate einverleibt, ohne Eure Nationalität opfern zu müssen", und giebt dann noch andere Zitate von ähnlichem Inhalt aus Akten der preußischen Regierung. Er schließt hieran die Aeußerung, daß die polnischen Bewohner nichts anderes verlangen, als was den Deutschen gewährt wird, den gleichberechtigten Gebrauch ihrer Muttersprache. Aber auch in der Besetzung der Beamtenstellen liege kein paritätisches Verhalten der Regierung vor, da mit nur wenigen Ausnahmen lauter deutsche Beamte fungiren. Von königlichem Munde seien den Polen in Posen schöne und heilige Zusagen gemacht, diese aber nicht erfüllt worden. Der Redner spricht dann von dem traurigen Schicksale Polens, und wenn er auch zugeben wolle, daß die volle Unschuld der Polen an ihrem Geschick, das in den Theilungen Polens sie getroffen, nicht behauptet werden könne, so müsse man doch eingestehen, daß das Verhalten gegen die Polen im großen Ganzen ein Unrecht sei, deren Streben sich dahin äußere, eine berechtigte und nicht zu unterschätzende Nationalität wiederherstellen zu wollen. Dieses Unrecht habe sich gerächt durch das Gefühl steter Unsicherheit gegenüber den Unterdrückten, es räche sich gerade jetzt ein gleiches Verfahren gegen andere Nationalitäten, und die Polen würden daher die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch ihr Schicksal noch eine günstige Wendung finden werde.

Abg. Reichensperger (Geldern) kann dem Antrage nicht zustimmen, weil demselben ganz falsche Argumente zur Grundlage dienen. Die Völker haben als solche kein absolutes Recht, sie sind nicht identisch mit den Staaten. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist". Die Nationalitätsbestrebungen finden in der christlichen Anschauung keine Berechtigung. Ein berühmter Vorkämpfer der ungarischen Nationalität hält das Nationalitätsprinzip für ein revolutionäres. Die Polen mögen gewarnt sein, daß ihre Bestrebungen nicht zu Anderem

(Fortsetzung in der Beilage.)

führen, als sie bezwecken. Die Drohung des Vorredners mit dem Panslavismus fällt nicht schwer ins Gewicht; das Streben nach Verwirklichung dieses Planes wäre ein Akt der Verzweiflung mit keiner Aussicht auf Erfolg. Gleichwohl möge in manchen Stücken den Polen vielleicht mehr gewährt werden können, manche der Klagen mögen nicht ganz unbegründet sein, manche einseitige Auffassung mag die Beschwerden hervorgebracht haben. Die vorgebrachten Argumente wederstreiten aber ganz entschieden jedem Rechtsbegriff. Uebergehend auf die Angriffe eines polnischen Abgeordneten gegen die Entscheidung des Obertribunals, erklärt der Redner, daß das Obertribunal sich bewußt ist, Recht zu sprechen, aber nicht dem Staate Dienste zu leisten. Die Polen mögen darauf denken in ihren zukünftigen Anträgen solche Wünsche zu formuliren, welche nicht mit der Geschichte in so grellem Widerspruche stehen. Haben sie praktisch ausführbare Vorschläge, dann werden sie immer auf das Wohlwollen des Hauses rechnen können. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Bentkowski sucht den Beweis zu führen, daß selbst das Verhalten der obersten Gerichtshöfe gegenüber den polnischen Bewohnern Posens nicht ein übereinstimmendes sei. Vom Ministertische sei erwähnt worden, daß man doch die deutschen Bewohner Posens den polnischen nicht nachstellen dürfe, da deutsches Blut für ihren Besitz geflossen sei. So weit ihm, d. R., bekannt sei, haben die Russen, als eine Wendung im Schicksale Napoleons I. eingetreten, die Provinz besetzt und könnte also höchstens von russischem Blute die Rede sein. Aus den Verträgen sei dann nur zu folgern, daß die Polen nationale Repräsentation, nationale Institutionen gewährt erhalten sollten. So sei unter Anderem auch die Abgrenzung der Provinz oder des Großherzogthums Posen nicht allein gegen Rußland, sondern auch gegen Brandenburg und Pommern nicht in Uebereinstimmung mit den Verträgen. Es sei in diesem Hause geäußert worden, daß die Regierung der Blindheit geziehen werden müsse, wenn sie anders in Posen handle, als sie gethan; das möge zwar offen sein, ob aber gerecht, sei doch eine Frage. Fragen müsse man aber auch, ob denn Posen auch nur ein polnisches Gymnasium, überhaupt nur eine polnische Institution habe, wie ihnen solches zugesagt sei? Auch dieser Redner geht dann wieder in die Sprachenfrage ein und führt Einzelheiten an, nach welchen der Zusage nicht genügt worden sei, so daß z. B. einem polnischen Bauer geradezu die polnische Nationalität abgesprochen wurde, um mit ihm nicht in polnischer Sprache zu verhandeln. Er behauptet dann, daß, wenn auch oft die Reskripte der höheren Behörden Billigkeit für die polnischen Bewohner Posens äußerten, ihre Ausführungen doch oft Abweichungen von denselben darthäten, von denen die Kreistage und die Bürgermeistereien Zeugniß gäben. Der Redner führt Zahlen über das numerische Verhältniß der Bewohner deutscher und polnischer Nationalität in Posen an, und überläßt es dann dem Hause, die Gründe für die Abnahme der polnischen Einwohner sich selbst anzugeben. Betreffend die Stellung des polnischen Adels zu den Bauern, erinnert er an den 14. Mai 1791 und fragt, ob der Adel nicht bereit gewesen sei, die Lage der Bauern zu verbessern? Man sage, es sei jetzt Alles besser in Posen, als vor so und so viel Jahren, aber was auch geschehen, wiege leicht gegen das, was die eigene Geschichte einer Nation störe. Man werde zugeben müssen, daß die Moral kein abgegrenztes Gebiet habe, man müsse fühlen, daß das Recht der Nationalität immer dringender seine Eingehörigkeit in das Gebiet der Moral nachweisen werde. Könne man das nicht begreifen, „nun wohlan! so werden Sie die Möglichkeit zugeben müssen, daß auch Sie einmal zu dem Löwen einer bekannten Fabel werden können“. Die Politik habe es freilich nicht mit bloßen Gefühlen zu thun, aber auch das Geschäft selbst eines Kaufmanns könne auf die Dauer der Rechtschaffenheit nicht entbehren, und man werde daher gut thun, sich auch der berechtigten Interessen der Polen zu erinnern.

Der Minister des Innern: Die Herren Antragsteller können sich nicht beklagen, daß das Haus ihnen nicht Geduld genug zugewendet. Wer die heutigen Zustände in der Provinz Posen kennt, kann sich eines Lächelns nicht enthalten über das unschuldige Gewand, welches sie in ihren Reden in ihrem Interesse finden, den Dingen zu geben. (Hört!) Wenn man sich der Reden, welche sie in den Versammlungen gehalten, erinnert, wenn man sich erinnert, daß die Polen Preußen nicht als ihr Vaterland ansehen, daß ihr ganzes Sehnen darauf gerichtet, wie nur recht bald der Zeitpunkt kommen möge, wo die Wiederherstellung eines selbständigen Polenreichs ermöglicht wird, dann wird man sich eines Lächelns nicht enthalten können, wenn man die Herren die Dinge darstellen hört, als handele es sich nur um die Rechte in Bezug auf ihre Sprache, während diese Frage doch eigentlich nur ein vorbereitendes Mittel zur Agitation ist. M. H. Ich habe es Ihnen schon gesagt, Sie werden die Regierung auf ihrem Platze finden und ich wiederhole Ihnen die Warnung: beschwören Sie nicht Geister herauf, welche Sie dann nicht mehr zu bannen vermögen, setzen Sie nicht wiederum unzählige Existenzen aufs Spiel, wie Sie's schon gethan haben, zu Ihrem Unglück, zum Unglück des Vaterlandes. (Beifall.) — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. — Abg. Graf Cieszkowski nimmt Akt davon, daß wider den Brauch in allen Parlamenten die Debatte geschlossen wird, nachdem ein Minister gesprochen, so daß den Polen die Gelegenheit genommen, die Antwort zu geben, die ihnen ihr Gewissen, ihre Pflicht auferlegt. — Der Präsident: In diesem Hause ist es Brauch, daß nur, wenn ein Minister nach Schluß der Debatte das Wort verlangt, die Diskussion wieder aufgenommen ist. Was in anderen Parlamenten geschieht, ist hier nicht zu diskutiren. — Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Niegolewski kommt das Amendement der Polen zur Abstimmung; nur die Polen erheben sich. (S. Tel. in der gestr. Ztg.)

(Den Schluß der Debatte, den wir in der nächsten Nummer mittheilen werden, bildete die kurhessische und die schleswig-holsteinsche Frage.)

Der Adreßentwurf wird mit den beiden Abänderungen mit 204 gegen 115 Stimmen angenommen. Die Polen, das Zentrum (die Katholiken) und die konservativen Fraktionen stimmen mit Nein, die Fraktionen v. Vincke, Mathis und Behrend mit Ja; die Minister enthalten sich der Abstimmung. Abg. v. Berg stimmte mit Ja. Das Haus beschließt, auf Grund der Geschäftsordnung und des Präzedenzfalles vom 24. Januar 1859, eine Deputation von 30 Mitgliedern durch das Loos zu bestimmen; der Präsident des Hauses ist Mitglied der Deputation und führt das Wort. In diesem Augenblick verlangt der Abg. Graf Renard das Wort zur Geschäftsordnung. In einem frühern Jahre sei den Mitgliedern der Minorität das Recht zugestanden, ihre Namen aus der Urne zu entfernen. Der Adreßentwurf enthalte eine Stelle, welche ein Eingriff in die Prärogative der Krone sei und er nehme das der frühern Minorität zugestandene Recht auch für diesmal in Anspruch.

Der Präsident: Für die unparlamen chen Worte und in Erwägung, daß der Abg. Graf Renard die Meinung ausgesprochen hat, das Abgeordnetenhaus habe etwas beschlossen, was einem Eingriffe in die Prärogative der Krone gleich zu achten ist, rufe ich den Grafen zuerst zur Ordnung. (Bravo!) Da er ferner nicht das Recht, und die Legitimation nicht nachgewiesen hat, im Namen der ganzen Minorität zu sprechen, so ertheile ich dem Subalternbeamten hinter mir den Befehl, den Namen des Grafen aus der Urne zu entfernen und werde seine Beschwerde beim Hause über mich abwarten. Auch eine Bemerkung des Abg. Braehmer weist der Präsident mit großer Entschiedenheit und unter dem Beifall des Hauses zurück. Die 30 Mitglieder der Deputation sind: Gorzitza, v. Bargen, Diesterweg, Diehm, Remi, Henze, Müller (Creuzburg) Kruse, Lucke, Nitzschke (Reichenbach), Graf Oriolla, Nücker, Westermann, v. Bentkowski, v. Wedell (Nordhausen) Dr. Beseler, v. Zastrow, Bescherer, Reide, Hermann, Frhr. v. Hertefeld, v. Chłapowski, Thiel, Pasewadt, Gräser, v. Bonin (Stolp), v. Kessel, Kloß, Dr. Lette, Beuskitz? — Der Präsident wird sich mit dem Staatsministerium in Verbindung setzen, ob und wann Se. Maj. der König die Deputation zu empfangen geruhen will. Hiermit wird um $3\frac{3}{4}$ Uhr die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Montag.

— Mit Ja stimmten bei der Abstimmung über das Vinckesche Amendement in der Sitzung am 6. d. (s. gestr. Ztg.) die Abgeordneten Allnoch, v. Ammon, Anker, André, Assig, Aßmann, v. Bargen, Behrend (Danzig), v. Below, v. Benda, v. Bentkowski, Berger, v. Bethmann-Hollweg (Bromberg), v. Bethmann-Hollweg (Wolmirstedt), v. Beughem, v. Bockum-Dolffs, Borsche, Braemer, Burghardt, Buschmann, v. Carlowitz, v. Chłapowski, Graf Cieszkowski, Delius, v. Diederichs, Diesterweg, Dihm, Dohrn, Dopfer, Duncker (Berlin), Freiherr v. Eckardtstein, Dr. Eckstein, Fliegel, v. Forkenbeck, Frehse, Fubel, Gabke, Gamradt, Göß, Gorzitza, Grabow, Graeser, Grobe, Grüttner, Grundmann, v. Guttry, Haebler, Harkort, Hermann, Hinrichs, Housselle, v. Hoverbeck, Jacobi v. Wangelin, Immermann, Jordan, Jüngken, Karsten, v. Kathen, Kautz, Kießling, Klose, Kloß, Knövenagel, Krantz, Krause, Kreutz, Krieger, v. Kries, Kuhlwein, Larz, Lette, Leue, Libelt, Lietz, v. Łyskowski, Maquet, Martens, Maske, Matthes (Friedeberg), Mende, Metzke, Metzmacher, Meyhöffer, Graf Mielżynski I. und II., Möller, Morgen, Müller (Mansfeld), Müller (Kreuzburg), Müller (Demmin), Natorp, Naumann, Neide, Nemitz, v. Niegolewski, Nitschke (Reichenbach), Ottow, Overweg, Pannier, Pape, Paur, Peschke, Peterson, Pieper, Pieschel (Merseburg), Pieschel (Kalbe), Pilaski, Pinder, Graf Plater, v. Puttkamer, Quassowski, Reich, Reichenheim, Reimer, Remy, Rensch, Richter (Königsberg), Richter (Arnswalde), v. Richthofen, Riedel, Ritter, Röchling, v. Rönne, v. Saenger, Sartorius, v. Saucken (Labiau), Schallehn, Schenkel, Schöller, Schömann, Schottki, Schubert, Schulz (Genthin), Schulz (Herford), Schwarz, Sello, Senff, Seubert, Siegfried, v. Stablewski, Starke, Stavenhagen, Stein, Stephann, v. Stockhausen, Strohn, Taddel, Techow, Theune, Thiel, v. Vincke (Hagen), Wachler, Wagner, Weese, Willich, Wyczinski, v. Żółtowski (Buk), v. Żółtowski (Krotoschin). — Mit Nein haben gestimmt: die Abgg. Ambronn, Amecke, v. Arnim, v. Auerswald (Rosenberg), v. Bardeleben, Bender, Berens (Wiedenbrück), v. Berg, v. Bernuth, Bescherer, Beseler, v. Bismarck, v. Blanckenburg, Blockhagen, Boecker, v. Bonin (Stolp), v. Brandt, Braun (Bonn), Braun (Duisburg), Brüning, Graf Bülow, Bürgers, Clotten, Conrad, v. Corswandt, Cottenet, Denzin, Derenthal, Dieden, Duncker (Neustettin), Baron v. Durant, Ebert, Freiherr v. Estorff, Falk, Fier, v. Fock, Graf Fürstenstein, Gau, Gellern, v. Gersdorff, Glöckner, Goesen, v. Graevenitz, Grenzberger, v. Groote, v. Gruner, Guitienne, v. d. Hagen, Hahn, Hartmann, Hasenclever, Heister, Hentze, Freiherr v. Hertefeld, Heyl, Freiherr v. Hiller, Hoffmann, Holzer, Jacob, Jüngel, Kaiser, Karl, v. Kessel, Freiherr v. Kleist, Klingenberg, v. d. Knesebeck, Kosmeli, Krebs, v. Krosigk, Kruse, Kühne (Berlin), Kühne (Erfurt), v. Lavergne-Peguilhen, Graf v. Lehndorff, v. Leipziger, Lenke, v. Lessing, Lucke, Mathaei, Mathis (Barnim), Mathis (Glogau), zur Megede, Mettenmeyer, Müller (Trier), Münzer, Nitschke (Glatz), Nücker, Graf Oriolla, Osterrath, Pavelt, Peusquens, Plaßmann, v. Platen, v. Prittwitz, Graf Pückler, Edler Herr Gans zu Puttlitz, Pasewaldt, Quaadt, Freiherr Raitz v. Frentz, Freiherr v. Reibnitz, Reichensperger (Köln), Reichensperger (Geldern), Reigers, Graf Renard, Riebold, Roche, Rohden, v. Rosenberg-Lipinski, v. Saucken-Julienfelde, Scheder, Scheffer-Boichorst, Schellwitz, Freiherr v. Schleinitz (Chodziesen), Schlüter, Schmidt (Paderborn), Schmidt (Arnsberg), Schmückert, Schober, Schröder, Schütz, Schult, Schwenzner, Freiherr v. Seydlitz, Siebert, Simson, v. Solemacher, v. Somnitz, Stilke, Graf Strachwitz, Strecker, de Syo, Tamnau, v. Tettau, Frhr. v. Thimus, Tift, Frhr. v. Unruhe-Bomst, v. Uthmann, du Vignau, v. Wedell (Nordhausen), Wendt, Werlé, Westermann, Wolff, v. Zastrow, Freiherr v. Zedlitz-Neukirch, Zumloh (Münster). — Es waren krank, fehlten oder waren beurlaubt: die Abgg. Aldenhoven, Bischoff, Contzen, Diethold, Graf Działynski, Frings, Gneist, Göbbels, v. Hanstein, Heine, Hemptenmacher, Herbertz, v. Heydebrand und der Lasa, v. Hochberg, Hölzer (Daun), Graf Kanitz, Klein, v. Mallinckrodt, Meier, Milde, v. Morawski, v. Niebelschütz, Purmann, v. Raesfeld, Freiherr v. Schrötter, Graf Skorzewski, Staegemann, Veit, Waldeck, v. Wedell-Cremzow, Wegeler, Zumloh (Warendorff). — Die Minister enthielten sich der Abstimmung.

— Die Budgetkommission des Hauses der Abgeordneten hat beschlossen, die Ernennung einer besonderen Kommission wegen Verwendung der im vorigen Jahre bewilligten Mittel zu militärischen Zwecken und zur Prüfung der jetzt beantragten Mehrausgaben für das Heer vorzuschlagen. — Nach den in der Budgetkommission gemachten Eröffnungen der Regierung sind Gesetzentwürfe wegen der Pensionirung der Zivilbeamten und wegen der Oberrechnungskammer noch in dieser Session zu erwarten.

— Der vom Minister des Innern eingebrachte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853 enthält die nachstehenden Bestimmungen:

Artikel I. In der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853 werden die §§. 11, 20, 33, 36, 48, 56 Nr. 2 und Nr. 5, 57, 73, 78 und 79 und zwar jeder einzeln in der Art abgeändert, wie derselbe nachstehend unter seiner bisherigen Nummer umgestaltet ist. §. 11. Jede Stadt ist befugt, über solche Angelegenheiten der Stadtgemeinden, sowie über solche Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Verschiedenheiten gestattet, oder keine ausdrücklichen Bestimmungen enthält, besondere statuarische Anordnungen zu treffen, welche jedoch der Bestätigung der Regierung bedürfen. §. 20. Vom 1. bis 15. Juli schreitet der Magistrat zur Berichtigung der Liste. Vom 15. bis zum 30. Juli wird die Liste in einem oder mehreren zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Lokalen in der Stadtgemeinde offen gelegt. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Magistrat Einwendungen erheben. Die Stadtverordnetenversammlung hat darüber bis zum 15. August zu beschließen; der Beschluß bedarf der Zustimmung des Magistrats; versagt dieser die Zustimmung, so ist die Entscheidung der Regierung einzuholen, wenn die Stadtverordnetenversammlung, welcher die Gründe der Versagung mitzutheilen sind, bei ihrem Beschlusse verharrt. Ist in diesem Falle über die Einwendungen von der Regierung entschieden, so findet eine Berufung an letztere von Seiten desjenigen, welcher die Einwendungen erhoben hat, nicht weiter statt; in allen anderen Fällen steht demselben innerhalb zehn Tagen nach Mittheilung des Beschlusses der Stadtverordneten der Rekurs an die Regierung zu, welche binnen vier Wochen ohne Zulassung einer weiteren Berufung entscheidet. Soll der Name eines einmal in die Liste aufgenommenen Einwohners wieder ausgestrichen werden, so ist ihm dieses acht Tage vorher von dem Magistrate unter Angabe der Gründe mitzutheilen. §. 33. Die gewählten Bürgermeister und Beigeordneten bedürfen der Bestätigung, und zwar in Städten von mehr als 10,000 Einwohnern durch den König, in allen übrigen Städten durch die Regierung. Wird die Bestätigung versagt, so schreitet die Stadtverordnetenversammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so ist die Regierung ermächtigt, die Stelle einstweilen auf Kosten der Stadt kommissarisch verwalten zu lassen. Dasselbe findet statt, wenn die Abgeordneten die Wahl verweigern, oder den nach der ersten Wahl nicht bestätigten wieder erwählen sollten. Die kommissarische Verwaltung dauert so lange, bis die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, deren wiederholte Vornahme ihr jederzeit zusteht, die Bestätigung des Königs, beziehungsweise der Regierung erlangt hat. §. 36. Die Beschlüsse der Stadtverordneten über Angelegenheiten der Gemeinde bedürfen der Zustimmung des Magistrats. Die Stadtverordnetenversammlung darf dieselben in keinem Falle selbst zur Ausführung bringen. §. 48. Den Stadtverordnetenversammlungen bleibt überlassen, eine Geschäftsordnung abzufassen und darin Zuwiderhandlungen der Mitglieder gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenen Vorschriften mit Strafen zu belegen; diese Strafen können nur in Geldbußen bis zu 5 Thalern und bei mehrmals wiederholten Zuwiderhandlungen in der auf eine gewisse Zeit oder für die Dauer der Wahlperiode zu verhängenden Ausschließung aus der Versammlung bestehen. §. 56. Nr. 2. 2) die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten und, sofern er sich mit denselben einverstanden erklärt, zur Ausführung zu bringen. Der Magistrat ist verpflichtet, die Zustimmung und Ausführung zu versagen, wenn von den Stadtverordneten ein Beschluß gefaßt ist, welcher deren Befugnisse überschreitet, gesetz- oder rechtswidrig ist, das Staatswohl oder das Gemeindeinteresse verletzt. In allen Fällen, in welchen der Magistrat seine Zustimmung zu einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung versagt, hat er die Gründe dieser Versagung der Stadtverordnetenversammlung mitzutheilen. Erfolgt hierauf keine Verständigung, so ist die Angelegenheit durch eine gemeinschaftliche Kommission zu berathen und das Ergebniß dieser Berathung einer nochmaligen Beschlußnahme des Magistrats und der Stadtverordneten zu unterwerfen. Führt auch diese zu keiner Einigung, so ist ein Beschluß für nicht zu Stande gekommen zu erachten, sofern nicht die Regierung auf den Antrag der Stadtverordnetenversammlung den Magistrat zur Ertheilung der Zustimmung anweist. Die Regierung ist befugt, ehe sie entscheidet, nochmals eine Vereinigung zwischen Magistrat und Stadtverordneten durch einen Kommissarius zu versuchen. §. 56. Nr. 5. 5) das Eigenthum der Stadtgemeinde zu verwalten und ihre Rechte zu wahren. Zur Anstellung von Prozessen hat der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen, insofern es sich nicht um Ansprüche handelt, welche in den Grenzen des Etats liegen. §. 57. Der Magistrat kann nur beschließen, wenn mindestens die Hälfte, in Stadtgemeinden, welche mehr als 100,000 Einwohner haben, mindestens ein Drittheil seiner Mitglieder zugegen ist. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden entscheidend. Den Vorsitz führt der Bürgermeister oder sein Stellvertreter. Der Vorsitzende ist verpflichtet, wenn ein Beschluß des Magistrats dessen Befugnisse überschreitet, gesetz- oder rechtswidrig ist, oder das Staatswohl verletzt, die Ausführung eines solchen Beschlusses zu beanstanden und die Entscheidung der Regierung einzuholen. Der Beigeordnete nimmt auch außer dem Falle der Stellvertretung an den Verhandlungen und Beschlüssen Theil. Bei Berathungen über solche Gegenstände, welche das Privatinteresse eines Mitgliedes des Magistrats oder seiner Angehörigen berühren, muß dasselbe sich der Theilnahme an der Berathung und Abstimmung enthalten, auch sich während der Berathung aus dem Sitzungszimmer entfernen. §. 73. Wird eine Einrichtung nach Maaßgabe der Bestimmung unter 2. im §. 72 getroffen, so gehen alle Rechte und Pflichten, welche in den Vorschriften der Titel I. bis VII. dem Magistrat beigelegt sind, auf den Bürgermeister mit denjenigen Modifikationen über, welche sich als nothwendig daraus ergeben, daß der Bürgermeister zugleich stimmberechtigter Vorsitzender der Stadtverordneten-Versammlung ist. Demselben steht insonderheit ein Recht der Zustimmung zu den Beschlüssen der Stadtverordneten nicht zu; er ist aber, wenn ein von der Stadtverordnetenversammlung gefaßter Beschluß deren Befugnisse überschreitet, gesetz- oder rechtswidrig ist, das Staatswohl oder das Gemeinde-Interesse verletzt, verpflichtet, die Ausführung desselben zu beanstanden. Wenn die Stadtverordneten-Versammlung bei nochmaliger Berathung bei ihrem Beschlusse beharrt, so muß der Bürgermeister über den Gegenstand des Beschlusses an die Regierung berichten, welche unter Anführung der Gründe darüber entscheidet, ob die Beanstandung gerechtfertigt ist. Im Uebrigen finden bei den Städten, welche die gedachte Einrichtung angenommen haben, die Vorschriften des Titel I. bis VII. gleichfalls, jedoch mit der Maaßgabe Anwendung, daß die Schöffen zugleich Stadtverordnete sein können, und daß es genügt, wenn die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung (§. 47) nur von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede unterzeichnet werden. §. 78. Wenn die Stadtverordneten es unterlassen oder verweigern, die der Gemeinde gesetzlich obliegenden Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so läßt die Regierung unter Anführung des die Verpflichtung begründenden Gesetzes die Eintragung in den Etat von Amts wegen bewirken oder stellt beziehungsweise die außerordentliche Ausgabe fest. §. 79. Durch königliche Verordnung kann auf den Antrag des Staatsministeriums eine Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst werden. Es ist sodann eine Neuwahl derselben anzuordnen und muß diese binnen drei Monaten vom Tage der Auflösungsverordnung an erfolgen. — Bis zur Einführung der neugewählten Stadtverordneten sind deren Verrichtungen, soweit dies zur Fortführung der laufenden Verwaltungsgeschäfte nothwendig ist, von dem Magistrat, beziehungsweise von dem Bürgermeister und den Schöffen (§. 72), welche für diesen Fall mit dem Bürgermeister ein Kollegium bilden, zu besorgen. Artikel II. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen werden von dem Minister des Innern getroffen.

Lokales und Provinzielles.

** Posen, 9. Febr. [Lehrerkonferenz.] Am Mittwoch wurde hier eine Lehrerkonferenz unter Leitung des Dekans Ziętkiewicz abgehalten. Sämmtliche Lehrer des Dekanats mit wenigen Ausnahmen, und dies wahrscheinlich des schlechten Weges wegen, fanden sich ein. Nachdem die regelmäßige Beförderung sämmtlicher zu lesender pädagogischer Zeitschriften besprochen, und die in voriger Konferenz bestimmten Geldbeiträge erlegt werden sollten, erklärte Dekan Ziętkiewicz, er sei bereit, außer den bis jetzt kursirenden sechs Zeitschriften pädagogischen, theologischen und musikalischen Inhalts, auch andere gediegene Werke aus eigenen Mitteln anzuschaffen, weil die Fortbildung des Lehrers, namentlich auf dem Lande, wesentlich durch fleißige Lektüre bedingt wird. Die Versammlung drückte ihm für diese Uneigennützigkeit aufrichtigen Dank aus. Es wurde ferner der Wunsch geäußert, sich dem Posener St. Vinzent-Verein anzuschließen, um von demselben, durch Vermittlung der Schulinspektoren, wohlfeile Volksbücher für die Jugend zu bekommen. Da der Weg einmal angebahnt, so sei es wünschenswerth, daß die Geistlichen unter Zuziehung der Lehrer sich der Weiterbildung der Jugend mit möglichster Wärme annähmen. Ueber die vom Vorsitzenden aufgestellte Frage nach dem Wesen einer guten Katechisation, entspannen sich längere warme Debatten, nach welchen man sich schließlich dahin einigte, daß eine geschickte, gründliche Katechisirmethode die Hauptaufgabe des Lehrers sei, daß um sich die Katechisirkunst recht anzueignen, der Lehrer in seinen Vorbereitungen nie lau werde, wenn der ausgestreute Same in dem Herzen der Jugend durch gehörige Entwickelung gedeihen und fruchtbringend werden solle. Endlich wurde vom Vorsitzenden das Thema: „Welche Mittel hat der Lehrer anzuwenden, um seine Schüler in fortwährender Thätigkeit mit Erfolg zu beschäftigen?“ der Versammlung zur beliebigen Bearbeitung vorgelegt. Drei der anwesenden Lehrer übernahmen die Lösung dieser Frage aus freiem Antriebe, und deren Arbeiten werden in der künftigen Konferenz zum Vortrag kommen. Die Konferenz dauerte von 2—6 Uhr und die Versammelten kehrten in gehobener Stimmung mit der Ueberzeugung nach Hause, daß da, wo Geistliche und Lehrer Hand in Hand für die Aufklärung der Jugend arbeiten, der Segen Gottes nicht ausbleiben könne.

— [Schafpocken.] In Lutomek (Kr. Birnbaum) sind die Schafpocken ausgebrochen, weshalb dieser Ort für den Verkehr mit Schafen ꝛc. gesperrt worden ist.

β Fraustadt, 8. Febr. [Reg. Präs. Rothe; Statistik.] Gestern früh traf hier, von Lissa kommend, der Reg. Vize-Präs. Rothe ein. Derselbe vereidete hier das Lehrerpersonal an der Realschule, nahm die hiesige Oertlichkeit, so weit es die Kürze der Zeit erlaubte, in Augenschein und reiste Mittags weiter nach Wollstein. — Im Jahre 1860 wurden im Fraustädter Kreise (derselbe zählt in runder Summe 59,500 Einwohner) geboren 2170, darunter 180 uneheliche Kinder und 84 todtgeborene; gestorben waren 1319 Personen, darunter durch Selbstmord 10; den Jahreszeiten nach starben in den Frühlingsmonaten 322, in den Sommermonaten 343, im Herbste 306 und im Winter 348. Drei der Gestorbenen hatten ein Alter über 90 Jahre erreicht.

Neustadt b. P., 8. Februar. [Markt, Unglücksfall; toller Hund.] Der Pferde- und Viehmarkt am Montag war nicht bedeutend. Hornvieh war sehr wenig aufgetrieben, aber trotz der sehr hohen Preise ging der Handel ziemlich lebhaft. Es wurden bezahlt Ochsen mit 35—40, Milchkühe mit 20—25—28, Jungvieh mit 15—12 Thlr. pro Stück, dabei hatte das Vieh kein gutes Aussehen. Zahlreicher war der Auftrieb auf dem Pferdemarkt, nur mangelte es gänzlich an Luxuspferden. Aber auch die wenigen guten Ackerpferde konnten nicht der Kauflust genügen, weshalb dafür sehr hohe Preise angelegt wurden. Für gute Ackerpferde zahlte man 90—110 Thlr., Mittelsorte 60—80 Thlr., Bauernpferde 30—50 Thlr. pro Stück. Wenig belangreich waren die Zufuhren auf dem Getreidemarkt, und die vorhandenen Vorräthe wurden trotz der geringen Kauflust namentlich von auswärtigen Aufkäufern bald geräumt. Man zahlte pro Scheffel Weizen $2\frac{5}{6}$—3 Thlr., Roggen $1\frac{2}{3}$—$1\frac{3}{4}$ Thlr., Hafer 25—27 Sgr., Gerste $1\frac{1}{2}$—$1\frac{3}{5}$ Thlr., Erbsen $1\frac{3}{4}$—$1\frac{5}{6}$ Thlr., Buchweizen $1\frac{1}{2}$—$1\frac{7}{12}$ Thlr., Leinsamen $2\frac{1}{3}$—$2\frac{1}{2}$ Thlr., Kartoffeln 15—16 Sgr. — Am 31. v. M. wollte der Maurer Rozek in Wytomysl einen Schornstein repariren. Er stürzte herunter, brach das Genick und gab nach einigen Stunden seinen Geist auf. — Vor einigen Tagen kam aus der Richtung von Podrzewie aus nach dem Niewierzer Walde ein toller Hund, biß daselbst den Hund des dortigen Forstaufsehers und lief davon, ohne daß man ihn verfolgen konnte. Der gebissene Hund wurde sofort erschossen.

ξ Bromberg, 8. Febr. [Getreidepreise; Saaten; Gewerberath; schiedsmännische Vergleiche.] Die Getreidepreise, welche vor einer Woche ziemlich gefallen waren, fangen jetzt wieder an zu steigen. Man zahlte zuletzt für den Wispel Weizen 122—125 Pfd. schwer (mit Auswuchs) 62—67 Thlr., 126—128 Pfd. schwer (ziemlich gesund) 68—73 Thlr., 129—133 Pfd. schwer (ganz gesund) 74—78 Thlr., Roggen kostete 118—124 Pfd. schwer (schadhaft) 40—41 Thlr., 125—128 Pfd. schwer (gesund) 41—43 Thlr., große Gerste 36—42 Thlr., kleine 30—32 Thlr., Hafer (26 Scheffel) 18—22 Thlr., Erbsen 36—44 Thlr. Verschickt wurde per Bahn im Ganzen wenig Getreide; dagegen gingen Erbsen in großen Quantitäten von hier nach Danzig, und auch nach Sachsen und Schlesien. Die Zufuhr war wegen der schlechten Wege seit einiger Zeit nur gering, wird jetzt jedoch stärker. Die Kauflust ist wie immer sehr rege. In Danzig ist gegenwärtig besonders Nachfrage nach gutem Weizen zum Export für England. — Was den Stand der Saaten anbelangt, so hörte man darüber im Spätherbste mancherlei Klagen; unter der Schneedecke haben sich die Saaten aber sehr erholt. Die gegenwärtige große Näffe besonders in der Weichselniederung giebt indeß wieder allerlei Befürchtungen Raum. Die Kartoffeln gelten hier 24—25 Sgr. der Scheffel. — In der letzten Sitzung des Gewerberaths verlangte die hiesige Fleischerinnung ein Gutachten darüber, ob die Innung gezwungen sei, einen Fleischer, der sich der Innung anschließen wolle, als Innungsmitglied aufzunehmen. Der Gewerberath hat entschieden, daß der be-

treffende Fleischer, da er unbescholten sei, in die Innung aufgenommen werden müsse. In Folge dessen soll ein großer Theil der Innungsmitglieder beabsichtigen, aus der Innung auszutreten. — Im vorigen Jahre waren im Bromberger Kreise exkl. der Stadt Bromberg bei den 12 Schiedsmännern im Ganzen 1372 (im Jahre 1859 1485) Sachen anhängig, wovon durch Vergleich 631, durch Zurücktreten der Parteien 148 und durch Ueberweisung vor den Richter 583 erledigt wurden. Am Schlusse des Jahres blieben 10 Sachen anhängig.

Angekommene Fremde.

Vom 8. Februar.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsb. v. Zabłocki aus Czerlin, Gutsverwalter v. Dzierzanowski aus Glinno, die Gutsbesitzer Wągrowiecki aus Szczytnik, v. Pokłatecki aus Ossowo und v. Chrzanowski aus Kosmowo, Frau Gutsb. v. Jackowska aus Palczyn und Gutspächter Nawrocki aus Pieruszewo.

HOTEL DU NORD. Die Gutsb. v. Lipski aus Lewkowo, v. Bojanowski aus Krzekotowice und v. Mojszczeński aus Jeziorki, Gutspächter Demel aus Młodasko und Geistlicher Baczyński aus Schrimm.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Bärwald aus Nakel, die Gutsb. v. Jaraczewski aus Głuchowo, v. Żółtowski aus Zajączkowo, v. Urbanowski aus Kowalskie, v. Pągowski aus Chabsko und Jeschke aus Białężyn.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsbesitzer v. Brzostowski und v. Korselli aus Posen, die Kaufleute Schulze und Oberwarth aus Berlin, Sauer aus Stuttgart, Lemper aus Landshut, Loos aus Dresden, Sägert aus Merseburg, Röstel und Ahlhelm aus Stettin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Hartmann, Wecker und Frank aus Berlin, Frankenstein aus Landshut, Oppenheim aus Sprottau, Krotowski aus Breslau und Aust aus Hamburg, Fräul. Laugbit und Fräul. Stahlberg aus Gnesen, Rittergutsb. v. Treskow und Frau Rittergutsb. v. Treskow aus Chodowo.

HOTEL DE PARIS. Die Pröbste Zingler aus Łaszczyn und Pluszczewski aus Bnin, Bevollmächtigter Bröcker aus Labiszynek und Agronom Sniegocki aus Krerowo.

BAZAR. Die Gutsb. v. Lubieński aus Kiączyn, v. Żółtowski aus Jarogniewice, v. Lubieński aus Włokno, v. Mniewski aus Kutno und v. Otocki aus Gogolewo.

DREI LILIEN. Die Wirthschafts-Beamten Gerhard und Wilczewski aus Kamieniec, Pfeiffer aus Grzybowo und Drösler aus Wreschen, Gutspächter Gadomski aus Golimowo und Destillateur Tschacher aus Wreschen.

Vom 9. Februar.

SCHWARZER ADLER. Gutspächter Pluciński aus Uleyno, die Maurermeister Tyrocki aus Gnesen, Wiedekowski und Zimmermeister Sawallich aus Gollancz.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Mitzel aus Stettin, die Rittergutsb. Frauen v. Rogalińska aus Ostrobudki, Treppmacher aus Wulka und Klahr aus Budzisław, Lehrer Sulczewski aus Kąkolewo, die Gutsb. Treppmacher aus Wulka und Klahr aus Budzisław.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. Graf Mycielski aus Dembno und v. Kierski aus Boborka, die Kaufleute Hampel aus Berlin, Abendroth aus Hamburg, Schmidt und Laves aus Bremen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Königl. Musikdirektor Professor Stern und Fräulein Jenny Meyer aus Berlin, General-Stabsarzt Löffler aus Frankfurt a. O., die Kaufleute Strauß aus Mainz, Leu aus Magdeburg, Brünner aus Hamburg, Hildebrand aus Lübeck, John aus Bremen, Engelhard aus Tilsit, Hennig aus Düsseldorf, Walther aus Hannover, Kierstein aus Aachen und Levinstein aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsb. v. Brodnicki aus Nieświastowice, Baumeister Wildt aus Danzig, Gutsb. Grauert aus Bromberg, Schauspieler Müller aus Berlin, die Kaufleute Sist aus Gleiwitz und Pludra aus Danzig.

HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsb. Graf Żółtowski aus Czacz, Frau Rittergutsb. Gräfin Czarnecka und Komtesse Czarnecka aus Rakwitz, Rittergutsb. Szuman aus Kujawki und Frau Rittergutsb. Dr. Libelt aus Czeszewo.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Goślinowski aus Kempa und v. Swinarski aus Kruszewo, Oberamtmann Klug aus Mrowino, Rentmeister Emmel aus Stenszewo, die Kaufleute Petzold aus Glauchau, Weißmann aus Frankfurt a. M. und Berrmann aus Göppingen.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Swinarski aus Budziejewo, v. Chełmicki aus Gościejewo und v. Kowalski aus Imiołki.

BAZAR. Die Gutsb. Frauen Gräfin Kwilecka aus Dobrojewo, v. Niegolewska aus Morownica, v. Swinarska aus Kruszewo und v. Radońska aus Daleszyn, die Gutsb. Graf Mielżyński aus Köbnitz, v. Taczanowski aus Kuczkowo, v. Jaraczewski aus Lipno, v. Mieczkowski aus Zieliniec und v. Stablewski aus Zalesie.

DREI LILIEN. Gutsb. Nehring aus Nehringswalde.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der königlichen Regierung zu **Posen** wird das unterzeichnete Landraths-Amt und zwar in dessen Amtslokal Berlinerstraße Nr. 34 zwei Treppen hoch

am Dienstag den 19. Februar d. J.

um 3 Uhr Nachmittags die Chausseegeld-Erhebung der Hebestelle zu **Strykowo** auf der **Stęszewo-Grätz-Züllichauer** Provinzialchaussee an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages vom 1. April 1861 ab auf drei Jahre bis zum 1. April 1864 zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 200 Thlr. baar, oder in annehmbaren Staatspapieren in der königlichen Kreiskasse hierselbst niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen. Die Pachtbedingungen können in der landräthlichen Registratur von heute ab während der Dienststunden eingesehen werden.

Posen, den 26. Januar 1861.

Königliches Landrathsamt.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von echt **Stettiner Portland-Cement** zu den Festungsbauten in **Posen** pro 1861 soll im Wege der öffentlichen Submission ausgethan werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten versiegelt unter Vermerk des Inhalts auf der Adresse bis **Montag den 18. Februar c.** Vormittags 11 Uhr in das Büreau der Festungs-Baudirektion einreichen, woselbst auch die näheren Bedingungen, auf die besonders aufmerksam gemacht wird, eingesehen werden können.

Posen, den 9. Februar 1861.

Königliche Festungs-Baudirektion.

Bekanntmachung.

Das dem **Johann Geppert** gehörige Rittergut **Dąbrowo**, landschaftlich abgeschätzt auf 31,963 Thlr. 26 Sgr. 8 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 15. Mai 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Realinteressent **Jacob Noerenberg** und die dem Aufenthalt nach unbekannten Gläubiger, die verwittwete Landräthin **Anna v. Cylwikowska** geb. **v. Wróniecka** und die **Caroline v. Jabłocka** werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Trzemeszno, den 15. Oktober 1860.

Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Das zur Konkursmasse **der Handlung Meyer Falk Nachfolger** gehörige, **hier in der Wilhelmsstraße sub Nr. 7** befindliche Waarenlager, bestehend aus:

schwarzen und kouleurten Seidenstoffen, französischen Châles, wollnen Kleiderstoffen, Gardinen, Teppichen, Mänteln Jacken und Mantillen, Ballroben, Westen und Kravatten, seidenen und leinenen Taschentüchern, Leinwand und Tischdecken Stoffen zu Kirchen und Meßgewändern 2c.

soll vom 21. d. M. ab, unter Leitung des Konkursverwalters Herrn Lipschitz, durch den dazu bestellten Geschäftsführer Herrn **Max Lissa im Wege des Ausverkaufs zu gerichtlich bestimmten, herabgesetzten Preisen** verkauft werden.

Der Kaufpreis der veräußerten Waaren kann nur an Hrn. Lissa gezahlt werden.

Posen, den 18. Januar 1861.

Königl. Kreisgericht I. Abtheilung

Der Kommissar des Konkurses.

Der gerichtliche Ausverkauf des zur Misch'schen Konkursmasse gehörigen, hier am alten Markte sub Nr. 100 befindlichen Waarenlagers, bestehend aus

Bändern, Blumen, Hauben, Kravatten, Handschuhen, Regen- und Sonnenschirmen, Weißwaaren, Marzellin, Atlas, Hutstoffen, Batist, Gardinen, wollenen Shawls, Leinwand, Tüchern 2c. 2c.

wird zu herabgesetzten Preisen fortgesetzt.

Lipschitz, Verwalter der Masse.

Bekanntmachung.

Die Umpflasterung des Chausseezuges durch die Stadt **Stenszewo** auf 297 Ruthen Länge und die Lieferung der dazu erforderlichen Materialien, soll im Wege der Submission vergeben werden.

Unternehmungslustige wollen ihre Offerten portofrei und versiegelt mit der Aufschrift:

„Submission auf Pflasterarbeit in Stenszewo"

dem Unterzeichneten bis zu dem in seiner Wohnung, Kleine Ritterstr. 6, angesetzten Submissions-Termine,

dem 20. Februar c. Vormittags 11 Uhr,

einreichen, wo dieselben in Gegenwart der etwa erscheinenden Submittenten eröffnet werden sollen.

Der Kostenanschlag und die Bedingungen liegen bei dem Unterzeichneten zur Einsicht aus, und können auch gegen Erstattung der Kopialien abschriftlich mitgetheilt werden.

Posen, den 6. Februar 1861.

Der Wasserbau-Inspektor **Paffeck**.

Zur Beaufsichtigung und Leitung von Schülern bei Anfertigung ihrer Arbeiten empfiehlt sich ***J. G. Hartmann***, Langestraße Nr. 7, in d. Nähe des Fr. W. Gymnasiums.

Die Putzwaaren-Auktion

in dem Laden **Wilhelmsstraße Nr. 19** wird **Montag und Dienstag** den **11. und 12. Februar** Vormittags von 9 und Nachmittags von 3 Uhr ab fortgesetzt, in welcher eine bedeutende Quantität echter Kanten, Spitzen, Blonden, Blumen-Bouquets, Bänder, schwarze und kouleurte seidne Mantillen, Frühjahrsmäntel, seidne Roben, französische Long-Châles, und **Dienstag Vormittags 10 Uhr** die **Waarenrepositorien** und Ladenutensilien zur öffentlichen Versteigerung gelangen.

Zobel, Auktions-Kommissarius.

Mein hierorts an der Ecke des Marktes und der frequentesten Straße der Stadt belegenes Kolonial-, Wein- und Bayrisch-Bier-Geschäft nebst Wohngebäuden, Waarenbeständen und vollständigem Inventarium beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen. Lage und vorhandene Räumlichkeit gestatten die beliebige Erweiterung des Geschäfts. Darauf Reflektirende können auf portofreie Anfrage, oder persönlich ohne Mittelsperson die Verkaufsbedingungen entgegennehmen.

Gustav Brecht's Wwe.
in Poln. Lissa.

Das Etablissement **Columbia (Alt-Sibirien)** ist sofort oder vom 1. April c. anderweitig zu vermiethen. Näheres zu erfragen bei dem Herrn ***A. Kunkel junior.***

Zur Verpachtung der beiden bei **Wronke** an der Warthe belegenen Ziegeleien, der sogenannten **„Eisenbahn-Ziegelei"** und der früheren **„Waguerschen Ziegelei"** habe ich einen Termin auf den

13. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr

in **Wronke** in meinem Geschäftslokale angesetzt, und lade dazu Pachtlustige ein.

Samter, den 6. Februar 1861.

Der königliche Rechtsanwalt und Notar **Ahlemann.**

Die zum Dom. ***Janowiec*** gehörige, in der Stadt ***Janowiec*** an der Chaussee belegene Gasthofsbesitzung, bestehend aus einem massiven Wohnhause, einem großen massiven Gaststall, einem massiven Seitengebäude soll zu Georgi d. J. anderweitig verpachtet werden. Bewerber mit den nöthigen Mitteln können sich in portofreien Briefen behufs näherer Auskunft an das Dom. ***Janowiec*** wenden.

Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha.

Diese Anstalt vertheilt im Jahre 1861 an ihre Versicherten den Ueberschuß des Versicherungsjahres 1856, welcher 357,770 Thlr. 22 Sgr. beträgt und eine Dividende von

32 Prozent

ergiebt. Für bestehende Versicherungen wird dieselbe an der nächstfälligen Prämie in Abzug gebracht, für erloschene an die Inhaber der bezüglichen Dividendenscheine pro 1856, sofern deren Rückgabe spätestens bis 8. Dezember 1862 erfolgt, durch Baarzahlung gewährt.

Die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 1860 waren wiederum sehr befriedigend. Durch einen reichen Zugang an neuen Versicherungen (1437 Personen mit 2,698,700 Thlr.), welcher größer war als in irgend einem der früheren Jahre, ist der Versicherungsbestand auf 22,900 Personen mit 37,400,000 Thlr., der Bankfonds auf etwa 10,200,000 Thlr. gestiegen.

Bei einer Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen von ohngefähr 1,730,000 Thlr. waren nur 760,000 Thlr. für 465 gestorbene Versicherte zu vergüten, welcher Betrag wesentlich hinter der rechnungsmäßigen Erwartung zurücksteht.

Versicherungen werden vermittelt durch

Herm. Bielefeld in Posen.
A. C. Tepper in Bromberg.
Kreisgerichts-Kassenrendant **Müller** in Gnesen.
Apotheker **Skutsch** in Krotoschin.
S. G. Schubert in Lissa.
Ernst Fr. Jockisch in Meseritz.
Carl Zakobielski in Ostrowo.
Kanzl. Direktor **Spisky** in Schönlanke.

Auctions-Anzeige.

Mehrere oberschlesische Züchter edler Pferde werden gegen Mitte Mai d. J. ihre 4- und 5jährigen, sowohl Voll- ais Halbblutpferde im Wege öffentlicher Feilbietung in ***Gross-Strehlitz*** (Oberschlesien) verkaufen.

Ausser diesen Thieren eigener Zucht werden auch noch einige gut eingefahrene 4spännige Züge theils orientalischer, theils englischer Abkunft, so wie ältere Jagd- und Reitpferde für schwerstes Gewicht, versteigert werden, so dass 60 bis 80 Pferde zum Verkauf kommen.

Der Tag der Feilbietung, sowie die Beschreibung der einzelnen Thiere nach Alter, Farbe und Abstammung, werden rechtzeitig in demselben Blatte angezeigt werden.

Vorläufige Anfragen beantwortet die unterzeichnete Direction.

Gross-Strehlitz O. S., den 6. Februar 1861.

Die Graf Renard'sche General-Direction.

Ein in dem schönsten Theile der Stadt Posen belegenes Grundstück, bestehend aus einem massiven Wohnhause nebst Bauplatz und Garten, ist unter sehr vortheilhaften Bedingungen und geringer Anzahlung sofort zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt ***Samuel Rosenthal***, Friedrichsstr. 30.

Krug- und Milchpacht.

Vom 1. April c. ist ein **Krug** und die **Milch** vom Vorwerk in **Ober-Wilda** bei **Posen** zu verpachten. Kautionsfähige Pächter können sich persönlich oder in portofreien Briefen an den Besitzer daselbst wenden.

Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktiengesellschaft
zu Berlin,

bestätigt durch Allerhöchsten Erlaß vom 18. Oktober 1860.

Grundkapital: Eine Million Thaler Preuß. Courant,

vertheilt in 1000 Aktien, jede zu 1000 Thlr., welche vollständig eingezahlt, resp. durch sichere Wechsel hinterlegt sind.

Die unterzeichnete Direktion macht hiermit bekannt, daß sie in Posen den Auktions-Kommissarius Herrn **Lipschitz** zum Generalagenten der Gesellschaft ernannt hat, und daß derselbe von der königlichen Regierung in dieser Eigenschaft bestätigt worden ist.

Berlin, den 6. Februar 1861.

Die Direktion.

Scheibler.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung halte ich mich und die nachbezeichneten Agenten zum Abschluß von Versicherungen für obige Gesellschaft bestens empfohlen.

Die Gesellschaft versichert gegen Feuerschaden, sowohl in Städten als auf dem Lande, bewegliche Gegenstände aller Art, ebenso Immobilien, soweit es gesetzlich gestattet ist. Hinsichtlich der letzteren hat sie in ihren allgemeinen Versicherungsbedingungen besonders vorsorgliche Bestimmungen für die Hypothekengläubiger getroffen.

Die Bedingungen, unter welchen die Gesellschaft Versicherung ertheilt, sind klar und einfach, die Prämien den Gefahren entsprechend niedrig und fest, so daß unter keinen Umständen Nachzahlungen von den Versicherten gefordert werden können.

Zur Ertheilung jeder näheren Auskunft erkläre ich mich mit Vergnügen bereit.

Posen, den 8. Februar 1861.

Die Generalagentur.
Lipschitz,
Büreau: Breitestraße Nr. 20.

Die Spezialagenten.
Cleinow & Plume,
Comptoir: Wilhelmsplatz Nr. 12.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mich hier als Arzt niedergelassen.
Neustadt b./P., den 9. Februar 1861.
Dr. J. Cohn,
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Dr. Eduard Meyer, prakt. Arzt, Wundarzt, Geburtshelfer etc. in Berlin, Krausenstr. 62, ist namentlich für Krankheiten, die in **geschlechtlichen Störungen** begründet sind, brieflich zu consultiren.

Für Bandwurmkranke.

Ich heile Bandwurmkranke durch Entfernung des **vollständigen** Wurmes schmerz- und gefahrlos binnen 2 bis 4 Stunden; so wie auch diejenigen noch, welche Bandwurmkuren mit **ungenügendem** Erfolge bereits sich unterzogen haben. Um Angabe des Alters, der Konstitution und Krankheitszufälle wird zugleich mit dem Meldebriefe ersucht. Die Arzenei ist versendbar, der Preis nach Verhältniß 3 bis 4 Thlr.
Wigandsthal, Kreis **Lauban**, in Schles.
Dr. Raeuschel,
praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Einem geehrten Publikum empfehle ich meine **Strohhut-Waschanstalt**, woselbst alle Sorten Strohhüte aufs Beste gewaschen, gefärbt und modernisirt werden; auch führe ich, wie bisher, alle Arten **Putzarbeit** aus.
J. Krupska, Friedrichsstraße 28.
Daselbst werden auch Blonden, Spitzen, weiße und bunte seidne Bänder, auch Gold und Silber durchwirkt, Federn, Handschuhe 2c. sauber und billig gewaschen und alle Sorten Stoffe zum Färben und Drucken nach **Berlin** angenommen.

Bleichwaaren

aller Art werden zur Beförderung nach der **rühmlichst** bekannten **Natur-Rasenbleiche** des Herrn **Friedrich Emrich** in Hirschberg i/Schl. zu den billigsten Bedingungen übernommen in der Leinwand- und Tischzeug-Handlung von

D. Salomonski,

Markt 59.

Zur Annahme für die Färberei, Moirir- und Wasch-Anstalt von **Heinrich Karkutsch** in Königsberg in Pr. empfiehlt sich
S. Tucholski,
Wilhelmsstraße 10.

Färberei-Anzeige.

Zur Frühjahrs-Versur erlaube ich mir, den geehrten Damen die in Deutschland höchst berühmte **Kunst-Seidenfärberei und französische Waschanstalt** von ***B. Wolffenstein*** in **Berlin** bestens zu empfehlen.

Die zahlreichen Kommanditen in **Breslau, Stettin, Dresden** 2c. beweisen (ohne anmaßend zu sein) hinlänglich, daß diese **Kunstfärberei** jeder Konkurrenz die Spitze bieten kann, da sie nur den **besten Färbestoff** und **feinste Appretur** liefert, was auswärtige kleinere Färbereien gar nicht zu leisten im Stande sind.

Jedes Stück wird jetzt nur **à Ressort** mit Appretur kunstreich gefärbt, wodurch der gefärbte Stoff den Glanz, das Gefühl und die Eigenschaft der neuen seidenen Stoffe erhält.

Eben so werden Tüll-Gardinen, Blonden, Crèpe de Chine und Shawltücher 2c. in **weiß** wie **neu** gewaschen und **weiß** gefärbt, desgl. ganze Kleider und Ball-Roben neu gedruckt und moirirt.

Die Absendung geschieht jetzt zweimal wöchentlich franco Berlin, und bittet daher um hochgeneigten zahlreichen Zuspruch.

Die Haupt-Agentur von ***B. Wolffenstein*** in Berlin.
Kletschoff, Krämerstr. 12.

Samen-Offerte.

Wir empfehlen hiermit unser reichhaltiges Lager von **Klee-, Gras-, Wald-, Gemüse-** und **Blumensamen** aller Art in **frischer** und **ächter** Waare. **Sämmtliche** Aufträge werden wie bisher **prompt** ausgeführt und Verzeichnisse auf Verlangen **franko** zugeschickt.
Posen, 9. Febr. 1861.

Gebrüder Auerbach.

Samen- und Pflanzenhandlung.

Samen-Offerte.

Bestellungen auf **Feld-, Gras-, Holz-, Gemüse-** und **Blumen-Sämereien** für **Wilhelm Werner & Co.,** **Samenbauer und Samenhändler** in **Berlin,** werden angenommen und Preiskourante gratis ausgegeben bei
Wilh. Griebsch in **Neustadt b. P.**

Blühende Topfgewächse so wie **Blumenbouquets** mit **Camelien** billigst im
Güntherschen Garten,
Mühlenstraße 10.

Kleesaat, roth, weiß und gelb, **Tymothee, Lupinen, Gräser** und alle anderen Sämereien kaufen und verkaufen stets zu angemessenen Preisen
L. Kronthal & Lewy,
Markt 84, eine Treppe.

Holzverkauf.

400 Ellen **elsene Bretter**, 30 Ellen dergleichen Bohlen stehen zum Verkauf bei
A. Hoffmann, Büchsenmacher.

Den Blumen- und Gartenfreunden und Land- und Forstwirthen empfehle mein reichhaltiges Lager von landwirthschaftlichen und Garten-Sämereien, und steht mein spezielles Samenverzeichniß gratis und franko zu Diensten.

Auch empfehle ich mich zur **Ausführung von Gartenanlagen** und **Anfertigung von Gartenplänen.**

Bouquets 2c. werden wie bisher auf das Geschmackvollste jederzeit angefertigt.
Posen, im Frühjahr 1861.
Samen-Handlung
von ***Heinrich Mayer,*** Kunst- u. Handelsgärtner.
Königsstraße 6/7 u. 15 a.

Für Landwirthe!

Unsere Zufuhren von **frischem Pferde-Zahn-Mais** erwarten wir Ende März von **Amerika** und können die uns zukommenden Aufträge in schönem **Saatkorn** rechtzeitig ausgeführt werden. Wir bitten die Herren Landwirthe, die Aufträge der Kürze wegen unserem Vertreter in **Posen**, Herrn ***Rudolph Rabsilber***, zu übergeben, unter Zusicherung gewissenhafter Ausführung.

Zugleich empfehlen wir **unser Lager** aller Arten **Feld- und Wald-Sämereien,** so wie von **echtem Peru-Guano** und allen anderen **Düngungsstoffen.**
Berlin, den 8. Februar 1861.
J. F. Poppe & Co.

Bezugnehmend an obige Annonce der Herren ***J. F. Poppe & Co.*** in **Berlin** empfiehlt sich zu Aufträgen bestens
Rudolph Rabsilber in **Posen.**

Kleesaaten und Grassamen kauft zu den höchst möglichsten Preisen, nach **Neustadt a. W.** und **Posen** zu liefern,
Louis Kantorowicz.

Peru-Guano
und **fein gemahlenen Düngergyps** offeriren ***L. Kronthal & Lewy,***
Markt 84.

Schwere **fette Kühe** und **Hammel** stehen zum Verkauf zu
Charlowo b. P.

!! Zur Abendunterhaltung!!
verleihe ich **Stereoscopen** in reicher Auswahl. ***E. Morgenstern,***
Wilhelmsplatz 4.

Cotillon-Orden

und Lotteriegegenstände in großer Auswahl, eben so **Ball-Cravatten, Shlipse, Handschuhe** und **Larven** offeriren auffallend billig
Gebr. Korach, Markt 40.

Gicht- und Rheumatismus-Leidenden,
sowie Allen, die sich gegen diese Uebel schützen wollen, halten unsere **Waldwoll-Erzeugnisse** zur geneigten Berücksichtigung empfohlen. Näheres darüber und Alleinverkauf derselben bei Herrn ***Eugen Werner*** in ***Posen***, Friedrichsstrasse 29.

Ausserdem machen noch auf das im Buchhandel erschienene, in ***Posen*** durch Herrn ***J. J. Heine*** für 2½ Sgr. zu beziehende Schriftchen: ***Die Pflege der Haut*** ergebenst aufmerksam.
Die Waldwoll-Waarenfabrik in Remda im Thüringer Walde.

Weiße Glacé-Handschuhe offerirt billigst ***Isaac Plessner,***
Breslauerstr. 2.

Wasserfilter

aus plastischer Kohle empfehlen
Wilhelm Kronthal & Riess.

Die vielen und bedeutenden Aufträge, die im vorigen Jahre in zufriedenstellendster Weise von mir effectuirt worden, haben eine Erweiterung meiner Bezugsquellen nothwendig gemacht und bin ich, da ich jetzt mit mehreren Besitzern der **grössten** und **besten Marmor-, Granit-** und **Sandsteinbrüche** in Verbindung getreten, jetzt auch im Stande, jedweden Auftrag auf

Grabschmuck

sowohl in diesen **Steinarten** wie in **Metall** ebenso **ausserordentlich billig** wie **schnell** auszuführen. Mein **Musterlager** ist durch **neue Stücke** vermehrt. Diese sowohl, wie einige eben zur **Aufstellung bereite Denkmale**, z. B. die für die sel. Herren, Generalarzt Dr. Ordelin, Oberamtmann Hildebrandt und mehrere andere, zeigen, wie **schönes** und **reines Material** bei **gediegenster Ausführung** verwandt ist.

Das mir bisher geschenkte Vertrauen werde ich auch für die Folge durch solche **Musterlieferungen** zu vergrössern suchen und bitte die **Aufträge**, die schon **im Frühjahr** effectuirt werden sollen, **jetzt bald bei mir zu machen.**
Posen, Friedrichsstr. 33. **H. KLUG.**

Ein guter gebrauchter Flügel

steht zum Verkauf zu möglichst billigem Preise in der Pianoforte-Fabrik Magazinstraße 1.
Carl Ecke.

Geaichte Alkoholometer.

Die nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen vom 1. Januar 1861 ab allein gültigen geaichten Alkoholometer empfiehlt bei solider Ausführung nebst Bescheinigung und Reduktionstabelle ***G. A. Schultze,*** **Fabrikant meteorologischer und physik.** Instrumente, Berlin, Schmidstrasse Nr. 34.

	Thlr.	Sgr.
Normal-Alkoholometer in ½ oder ¼ getheilt mit Cylinder im Etui	5	—
- - im Pappfutteral	3	15
Alkoholometer in ½ oder ¼ mit Cylinder im Etui	4	15
- - - - - im Pappfutteral	3	—
- in ganze Grade mit Cylinder im Etui	3	20
- - - - im Pappfutteral	2	15

Ausserdem empfehle ich zugleich die neuesten offenen Quecksilber-Manometer in allen Grössen. NB. Wiederverkäufern den angemessenen Rabatt.

Maschinenbau-Anstalt,

Eisenhütten- und Emaillirwerk

zu Neusalz a. O.

Vollständige Einrichtungen für
Dampf-, Wasser- und Windmühlen,
eben so für Schneide- und Lohmühlen,
Stärkefabriken,
Brennereien,
Oelmühlen,
Gebläse für Hoh- und Cupoloöfen,
Zuckersiedereien,
alle Sorten Pumpen für Fabriken und den Wirthschaftsbedarf,
Satzgestänge für Bergwerke 2c.

werden in solider Konstruktion und von dem allervorzüglichsten Material von uns angefertigt.

Außerdem empfehlen wir alle Sorten landwirthschaftliche Maschinen nach besondern Preiskuranten und machen auf unsere sauber gearbeiteten Farbereibemaschinen besonders aufmerksam.

Den Herren Mühlenbesitzern und Mühlenbaumeistern theilen wir noch ergebenst mit, daß wir ein entsprechendes großes Lager von Modellen besitzen, so daß sich auch zu den größten Anlagen passende vorfinden dürften.

Maschinenbau-Anstalt, Eisenhütten- und Emaillirwerk zu Neusalz a. O.

Französische **Mühlensteine** eigener Fabrik.
Lager deutscher Mühlensteine, Gußstahlpicken, Pockholz und Katzensteine zu Wellenlager empfiehlt zu soliden Preisen
Clemens Kirchner in **Berlin,**
Monbijouplatz 10.

Für Meubles-Magazine.
C. Lincke's
Fabrik von gekehlten und geschnitzten Spiegelrahmen und Konsoltischen in Polisander, Nußbaum und Mahagoni.
Berlin,
Prinzenstraße 26.

Die Seilerei- und Riemerei-Fabrik von ***Julius Scheding*** empfiehlt ihr großes Lager
echt ausgedreht lederner Kutsch- und Acker- oder Fornalgeschirre.
Verkaufslokal: Wallischei an der Brücke.

Oekonomiekerzen

verkauft zu **5 Sgr.** das Pack
die Oelraffinerie
von ***Adolph Asch,*** Schloßstr. 5.

Die königl. preuß. konzess. **Dr. Davidsonschen Zahntropfen** zur sofortigen Beseitigung der Zahnschmerzen sind bei Herrn **Joseph Wache in Posen** echt zu haben.
Generaldebit: J. Luft in **Breslau,** Herrenstraße Nr. 27.

Pflaumenmus, eine Partie besten Grünberger, à Pfund 2 Sgr., den Zentner 6 Thlr. und 16½ Pfd. für 1 Thlr. empfehlen
Krug & Fabricius.

Neue Zusendungen von süßen **Böhmischen Pflaumen,** das Pfd. 1⅔ Sgr., 10 Pfd. für 15 Sgr., und wirkliches Grünberger **Pflaumenmus** empfiehlt
Isidor Busch, Sapiehaplatz 1.

Sehr gutes feines und mittel **Brot** à 2½ und 5 Sgr. empfiehlt
O. A. Dullin, Bergstraße 1.

Butter, täglich frische **Tischbutter** à Pf. 8, 9 und 10 Sgr., beste fette polnische **Dauerbutter** à Pfund 7 und 8 Sgr., **Netzbrucher Stückenbutter** à Pfd. 8 Sgr. bei ***Krug & Fabricius.***

Dr. Béringuier's

kaiserl. königl. privilegirter

KRONENGEIST

Quintessenz d'Eau de Cologne.

In Dr. **Béringuier's Kronengeist** ist der feinste flüchtige Aethergeist mit den wohlriechenden, belebenden und stärkenden Theilen der auserlesensten und kostbarsten Ingredienzien der Pflanzenwelt solchergestalt verbunden, daß er von den delikatesten Personen beider Geschlechter und den geübtesten Kennern sicherlich allen ähnlichen Produkten vorgezogen werden wird — nicht nur als ein köstliches Riech- und Waschwasser, sondern auch als ein herrliches Unterstützungsmittel, welches die Lebensgeister ermuntert und stärkt! — Ausführliche Prospekte werden gratis verabreicht, so wie Dr. **Béringuier's Kronengeist** in Originalflaschen zu 12½ Sgr. **nur allein** verkauft wird

in Posen bei Herrmann Moegelin, Breslauerstr. 9,

so wie auch in **Bromberg:** ***Theod. Thiel,*** **Birnbaum:** ***L. Stargardt,*** **Fraustadt:** ***Carl Wetterström,*** **Inowraclaw:** ***J. Lindenberg,*** **Rawicz:** ***R. T. Frank,*** **Rogasen:** ***Louis Zerenze,*** **Schneidemühl:** ***J. Tantow,*** **Samter:** ***Simon Holländer*** und in **Wollstein** bei ***Ernst Anders.***

Pâte Pectorale

Goldene Medaille 1845 — von Apotheker **George** in Epinal — Silberne Medaille 1843
Schacht 16 Sgr. oder 56 Kr. Schacht 8 Sgr. oder 28 Kr.

Diese zur gänzlichen Heilung aller Brustkrankheiten, als: Grippe, Katharrh, Husten, Heiserkeit, Engbrüstigkeit und Keuchhusten, als vortrefflich erprobten und sich bewährten Tabletten werden verkauft in allen Städten Deutschlands, in **Posen** in der Konditorei von **A. Szpingier,** im Bazar und vis-à-vis der Postuhr.

Die Thee-Niederlage von **F. Dmochowski,**
Wilhelmsstraße Nr. 8,
empfiehlt russische Theemaschinen (Samowar), Bajanki oder russische Theekuchen, sowie in- und ausländische Rums und Arrak zu den solidesten Preisen.

Die Niederlage ist gegen jegliche Einwirkungen gesichert, die dem Thee nachtheilig wären.

Meine Blumen-Fabrik und meine Galanterie- und Bijouteriehandlung im Bazar bestehen nach wie vor.

Mohn-Offerte,

weiß und blau, empfiehlt die Vorkosthandlung von ***Moritz Briske,***
Wronker- und Krämerstraßen-Ecke Nr. 1.
Auch wird selbiger zu jeder beliebigen Zeit bei mir gemahlen.

Gr. Gerberstraße 3 ist im 2. Stock eine Wohnung von 5 Stuben, Küche nebst Zubehör und im Hofe eine freundliche Parterre-Wohnung von 3 Stuben, Küche nebst Zubehör zu vermiethen. Beide im besten Zustande.

Eine Wohnung von 2—3 Stuben nebst Zubehör w. z. 1. April gesucht. Adressen mit Preis i. d. Exped. d. „Posener Ztg." abzugeben.

St. Adalbert 49 ist im 2. Stock rechts ein möbl. Zimmer sofort zu vermiethen.

Wilhelmsplatz Nr. 15 ist das Geschäftslokal nebst anstoßender Wohnung mit und ohne Garten sofort oder zum 1. April c. zu vermiethen. Zu erfragen bei ***M. Graupé*** daselbst.

Getreideschüttungen und Wollremisen sind gr. Gerberstr. 38 zu vermiethen. Näheres Breitestr. 22.

Wasserstraße 22/23 ist im Parterre eine Wohnung nebst Laden vom 1. April ab zu vermiethen. Näheres beim Wirth im 1. Stock.

Eine ruhige, anst. Mietherin findet 1 freundl. u. bil. Zimmer mit auch ohne Möbel Mühlstr. 17.

Ein kleiner Laden ist b. zu v. Friedrichsstr. 27.

Ein Kommis,
welcher der hochpolnischen (Schrift-) Sprache vollkommen mächtig ist und eine gute Handschrift hat, wird von einer bedeutenden Weinhandlung Oberschlesiens unter günstigen Bedingungen zu Ostern gesucht. Auf frankirte Anfragen Näheres kostenfrei durch das **Schles. Zentralbüreau für Stellen suchende Handlungsgehülfen in Breslau.**

Ein junger, moralisch tüchtiger Mann, mit guten Schulkenntnissen versehen, beider Landessprachen mächtig, kann als Wirthschaftseleve (unter Umständen auch ohne Entschädigung) sogleich oder zum 1. April d. J. eintreten in **Ruchocice** bei Grätz.
Hoffmann, Rittergutsbesitzer.

Handlungs-Kommis des Material-, Eisen-, Kurzwaaren- und Tabaksgeschäfts, welche zum 1. April annehmbare solide Stellen suchen, mögen sich baldigst an mich wenden.
L. Hutter, Kaufmann. Berlin.

Ein Mühlen-Verwalter kann eine sehr annehmbare Stelle nachgewiesen erhalten. Antritt zum 1. April a. c. Reflektirende wollen sich franko brieflich an mich wenden.
H. Winkler in Berlin, alte Jacobsstr. 17.

Ein mit guten Zeugnissen versehener, der deutschen und polnischen Sprache mächtiger, militärfreier verheiratheter Gärtner wird pro term. 1. April d. J. gesucht. Näheres Dom. ***Janowiec*** bei Stadt ***Janowiec.***

Ein Lehrling findet ein Unterkommen bei
D. Salomonski.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß ich meinen Lehrling **Emil Sturm** heute entlassen habe.
Posen, den 8. Februar 1861.
E. Morgenstern.

Gestohlen.

Eine hellbraune Stute, auf dem rechten Auge blind, zwischen den Ohren einen kahlen Fleck, an der Fessel des linken Hinterfußes eine Wunde, an der rechten Hüfte Haarseilnarben und an beiden Vorderfüßen Hornspalten. Der Dieb ist damit in der Nacht vom 6. zum 7. Februar nach der Gegend von **Gostyn und Rawicz** geritten.

Dem Entdecker des Diebes werden fünf Thaler Belohnung zugesichert.
Das Dominium **Neustadt a./W.**

Vor dem Ankauf des am 30. Januar c. Nachmittags 3 Uhr an der Post verloren gegangenen Sparkassenbuchs Nr. 7888, gültig an di Sparkasse zu **Liegnitz,** wird gewarnt.

Musikalien-Verkauf,

Musikalien-Abonnement

für **Hiesige** und **Auswärtige** zu den **günstigsten Bedingungen.** Prospekte gratis.

Ed. Bote & G. Bock,

königl. Hof-Musikhändler.
Posen, Wilhelmsstraße 21.

Bei **Georg Reimer** in Berlin ist erschienen und in der **J. J. Heine**'schen Buchhandlung, Markt 85, zu haben:

Die Rechtsprechung
des königlichen Ober-Tribunals
in Strafsachen,
herausgegeben
von **F. C. Oppenhoff,** Ober-Staatsanwalt beim königl. Obertribunal.
Ersten Bandes erstes Heft.
à Band 6 Hefte 2 Thlr.

Soeben erschien
Deutsch-französisch-englische

Conversationsschule.

Neueste Methode, die heutige französische und englische Umgangssprache ohne Hülfe eines Lehrers oder anderweitiger Lehrbücher schnell und leicht sprechen, schreiben und lesen zu lernen, von dem konzes. u. in Frankreich u. England gebildeten Sprachlehrer und Literaten **M. Selig** in Berlin. 2 Kurse. I. Kursus: die praktische Sprech- und Leseschule. Zweite vermehrte Auflage. II. Kursus: Konversations- und Schreibeschule. Durchgängig mit höchst korrekter Angabe der Aussprache sowohl des Französischen als auch des Englischen, so daß auch Erwachsene ohne sprachliche Vorkenntnisse die Methode sofort mit Erfolg benutzen können.

Die Methode ist für 2½ Thlr. vollständig, jeder Kursus getrennt für 1½ Thlr. oder in 18 und 21 portofreien Lieferungen à 2½ Sgr. von M. Seligs Selbstverlagsexpedition, Friedrichsgracht 51 in Berlin, gegen Postvorschuß direkt, und auch durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

In der **E. Mai**'schen Buchhandlg. **(Louis Türk)** **Wilhelmsplatz** 4 ist vorräthig:

Nervenleben und Nervenleiden.

Ein nothwendiger Wegweiser für Gesunde u. Kranke, um die Gesundheit des Körpers wie des Geistes zu erhalten oder wieder zu erlangen.

Von Dr. Oskar Stein.
Preis broch. 7½ **Sgr.**

In neuer Behandlungsweise und namentlich mit Berücksichtigung der durch die sozialen Verhältnisse der Gegenwart zu häufig herbeigeführten gefährlichen Uebel wird in obigem Werkchen allen Nervenleidenden die richtige Anweisung zu ihrer gründlichen Heilung gegeben.

Die unterzeichnete, von drei landwirthschaftlichen Vereinen gewählte und ermächtigte Kommission ladet die Direktionen und Mitglieder aller im Großherzogthum Posen bestehenden landwirthschaftlichen Vereine zu einer **am 21. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, zu Posen im Bazar** abzuhaltenden Berathung über Gründung eines landwirthschaftlichen Zentralvereins hiermit ein.

Posen, den 4. Februar 1861.

Łączyński. Graf Poniński. H. Cegielski. Laszczewski. Nestor Koszutski. Sypniewski. Wolniewicz. Stanislaus Chłapowski. Graf Bniński.

Die Generalversammlung des **Posen-Samterschen landwirthschaftlichen Vereins** findet, behufs Aufnahme neuer Mitglieder, am 20. d. M. Vormittags 10 Uhr in **Posen** im **Landschafts-Gebäude** statt.

Der nach dem Programm auf Dienstag den 12. Februar c. angesetzte Ball der Logengesellschaft ist auf

Sonnabend den 16. Februar c. verlegt. **Anfang 7½ Uhr.**

Die Direktion.

Zur Unterstützung der Armen mit wohlfeilen Lebensmitteln ist eingekommen: von den Herren Hartwig Kantorowicz 5 Thlr., Philipp Weiß 10 Thlr., Braueigner Hugo 10 Thlr., J. W. Reichert 2 Thlr., Braueigner E. Muschner 2 Thlr., Gebr. Krayn 2 Thlr., Kleiderhändler Jacob 2 Thlr., M. L. Keiler 1 Thlr. 15 Sgr., Wurstfabrikant Murchel 1 Thlr., Oelhändler Adolph Asch 1 Thlr., A. Reschke 1 Thlr., M. Gutmacher 15 Sgr., von einem Probst 15 Sgr., Pincus Wolfscher 10 Sgr., Felix Dziorobek 10 Sgr., Rentier Jäschin 10 Sgr., Hausbesitzer Samuel Gumpert 5 Sgr., Distrikts-Kommissarius Merk 10 Sgr., Destillateur Kantorowicz 1 Thlr., Teubert 3 Sgr., Poturalski 10 Sgr., Brettschneider 10 Sgr., Bärmann, Moszynski, Gastwirth Lehmann, Thorkontroleur Hempel, Eigenthümer Pisauke und Fröhlich je 5 Sgr., von Mehreren 1 Thlr. 12 Sgr., Jacob Ephraim 15 Sgr., Carl Klopsch 1 Thlr.

D. G. Baarth.

Familien-Nachrichten.

Den heute früh 2¾ Uhr nach schweren Leiden erfolgten sanften Tod meiner lieben Frau **Emilie**, geborenen **Kaskel**, zeige ich statt jeder besonderen Meldung hiermit tiefbetrübt an.

Trzcielino, 9. Febr. 1861.

Hermann Hildebrandt.

Gestern früh um 2 Uhr verschied sanft nach langen, schweren Leiden unser guter Ehegatte und Vater, der Schmiedemeister **Julius Ericht**, im 51. Lebensjahre. Diese traurige Anzeige allen Verwandten Freunden und Bekannten.

Die Beerdigung findet am Montag Nachmittag um 3 Uhr statt.

Posen, 9. Febr. 1861.

Die hinterbliebene Wittwe und deren 8 Kinder.

Heute Abend um 7 Uhr entschlief nach zweitägigem Leiden unser Töchterchen **Martha** im Alter von 12 Wochen.

Rawicz, den 7. Februar 1861.

Postsekretär **Tetzner** und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Glowe: Eva von Montmorency mit dem Frhrn. von Buddenbrock.

Verlobungen. Berlin: Frl. Anna Haack mit Hrn. Tamnau; Ziemitz: Frl. Ortmann mit dem Gutsb. Piper.

Geburten: ein Sohn dem Premier-Lieut. v. Ostrowski in Frankfurt a. O., dem Premier-Lieut. Kaehler in Tilsit, dem Lieutenant v. Hagen in Wesel, dem Hauptm. Bogun v. Wangenheim in Berlin; eine Tochter dem Landrath W. Frhrn. v. d. Reck in Belgard, dem Hrn. v. Meding in Bellin.

Todesfälle. Pastor Friedrich Christoph v. Kathen in Vilmnitz; Graf Julius Heinrich Karl Friedrich von Pourtalès in Clarens bei Vevay in der Schweiz, L. v. Bolschwing in Neudörfchen b. Marienwerder, Kanzleirath J. Veit in Putbus, Gerichtsrath Pape in Memel, Appell. Ger. Vizepräs. Donalies in Insterburg, Hauptmann Fumanelli in Dresden, Graf v. d. Osten-Sacken in Schwerin.

Stadttheater.

Sontag, zum zweiten und letzten Male: **Die Gauner von Berlin,** großes Volksschauspiel mit Gesang in 5 Akten und 8 Bildern, von Hugo Müller. Musik von Neswadba.

Montag: Wegen Vorbereitung zur **Dinorah** keine Vorstellung.

Dienstag, zum Erstenmale: **Dinorah**, oder: **Die Wallfahrt nach Ploermel,** Große romantische Oper in 3 Akten, von Meyerbeer. Besetzung: Dinorah — Frl. Stübecke, Hoel — Hr. Grunow, Corentin — Hr. Hacker, Hirtenknaben — Fräul. P. Zschiesche, Frl. Hipfl d. j., Jäger — Hr. Koller. Die neue Dekoration, die Bergschlucht mit dem Wasserfall, ist vom Hrn. Prewitz neu gemalt.

Mehrfachen Anfragen, die Wiederholung **Palms** betreffend, zeige ich hiemit an, daß die Vorstellung nächste Woche gegeben wird.

In Vorbereitung für Herrn Freytags Benefiz: **Die Jagd nach einem Mädchen**, von Winterfeld. **Zampa.** Romantisch komische Oper in 3 Akten. Musik von Herold.

Lambert's Salon.

Sonntag den 10. Februar 1861

CONCERT.

Anfang 5 Uhr. Entrée 2½ Sgr.

Radeck.



Das lebende **Wunderkalb** mit zwei Köpfen ist nur noch auf kurze Zeit Wilhelmsstr. Nr. 26 zu sehen.

W. F.

Gesellschafts-Lokal.

Sonntag den 10. Februar 1861

Tanzkränzchen. ***Peiser.***

Im Saale des Casino.

Sonnabend den 9. Februar 1861

Abends 7½ Uhr

CONCERT

von

Fräulein Jenny Meyer,

unter Mitwirkung des königl. Musikdirectors

Herrn Prof. Julius Stern

aus **Berlin.**

Programm an der Kasse.

Billets zu numerirten Sitzplätzen à **25 Sgr.,** zu unnumerirten à **20 Sgr.** sind in der königl. Hof-Musikhandlung der Herren **Ed. Bote & G. Bock** zu haben.

Kassenpreis 1 Thlr.

Schützensalon auf Städtchen.

Morgen, Sonntag den 10., ladet ergebenst ein zum **Abendbrot** nebst **Tanzkränzchen**. Von 2 Uhr Nachmittags an frisch gebackene **Pfannkuchen, Kaffee, Punsch** und **Glühwein.**

C. Roche.

Vogt's Kaffeegarten.

Sonntag den 10. d. von 2 Uhr ab: frische Pfannkuchen mit Kaffee. Zum Abendbrot: Grüne Bohnen mit Karbonade und polnische Bratwurst mit Sauerkraut.

Montag, den 11. d. M.: Frische Wurst mit Sauerkohl bei

W. Mosdorf,

Berlinerstraße Nr. 27.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

⸸ [Produktenverkehr.] Am Schlusse der Woche waren die Getreidezufuhren sehr ansehnlich. Hauptsächlich die von Roggen. Die Kauflust war sehr rege, indeß wurden nur für Weizen bessere Preise bewilligt: feiner 73—76 Thlr., mittler 66—71 Thlr., ordinärer 62—64 Thlr.; Roggen behauptete sich in den vorwöchentlichen Preisen: schwerer 45—46 Thlr., leichter 41—43 Thlr.; Gerste gab in den geringeren Qualitäten etwas nach, während die besseren unverändert sich erhielten: 35—40—44 Thlr.; Hafer etwas billiger: 18—23 Thlr. Erbsen ohne Aenderung: Kochwaare 45—46 Thlr., Futterwaare 39—43 Thlr.; Kartoffeln ebenfalls unverändert: 13⅔—15⅓ Thlr. Einzelne Partien von rothem Klee bedangen 14—15½ Thlr. — Mehl wie zuletzt; Weizenmehl Nr. 0 5⅔ Thlr., Nr. 0 u. 1 5½ Thlr., Roggenmehl Nr. 0 4 Thlr., Nr. 0 und 1 3⅚ Thlr. pro Zentner unversteuert. — Für das Terminsgeschäft in Roggen hat seit den letzten acht Tagen keine Aenderung stattgefunden. Tendenz wie Kursstand blieben wie zu Ende der Vorwoche. Dagegen hat sich Spiritus, von dem die Zufuhr nicht ohne Belang gewesen, günstiger gestaltet. Bei ziemlichen Umsätzen haben sich die Kurse andauernd in der Besserung erhalten und wir hatten schließlich eine Erhöhung gegen vorigen Wochenschluß um circa ⅓ Thlr. zu konstatiren. Verladungen per Kahn dauern fort.

Geschäfts-Versammlung vom 9. Febr. 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	86¾	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	—	100¼	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105	—
Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855	116½	—	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	100¼	—
" 3½ " "	93¼	—	—
" 4 " neue "	—	89	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	—	—	—
Poln. 4 " "	86¼	—	—
Posener Rentenbriefe	93	—	—
" 4 % Stadt-Oblig. II. Em.	—	90½	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98	—
" Provinzial-Bankaktien	—	82	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87¼	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen behauptet, pr. Febr. 43¼ Gd., ⅓ Br., Frühjahr 43¾ Gd., 11/12 Br., Mai-Juni 44⅛ Gd., ½ Br.

Spiritus ziemlich unverändert, mit Faß pr. Febr. 20¼ Br., 5/24 Gd., März 20⅓ Br. u. Gd., April 20 7/12 Br., ½ Gd., April-Mai 20¾ Br., Mai 21 Br.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 8. Febr. Vorm. 8 Uhr 8 Fuß — Zoll.
" 9. " " " 8 " 1 "

Produkten-Börse.

Berlin, 8. Febr. Wind: Süd. Barometer: 28¹. Thermometer: 8° +. Witterung: schön.

Weizen loko 72 a 84 Rt.

Roggen loko 49½ a 50½ Rt., p. Febr. 49⅛ a 49⅛ a 49¼ Rt. bz. u. Gd., 49⅛ Br., p. Febr.-März 48⅝ a 48⅝ a 48¾ Rt. bz., p. Frühjahr 48⅜ a 48⅜ a 48¼ Rt. bz. u. Gd., 48¾ Br., p. Mai-Juni 48¾ a 48⅛ Rt. bz. u. Gd., 48¾ Br., p. Juni-Juli 48⅞ a 48¾ Rt. bz.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 26 a 29 Rt., p. Febr. 26⅞ Rt. Br., p. Frühjahr 26⅞ Rt. bz., p. Mai-Juni 27¼ Rt. Br., p. Juni-Juli 27¾ Rt. bz.

Rüböl loko 11 5/12 a 11 11/24 Rt. bz., p. Febr. 11 5/12 Rt. Br., 11⅓ Gd., p. Febr.-März 11 5/12 Rt. Br., 11⅓ Gd., p. März-April 11 5/12 Rt. Br., 11⅓ Gd., p. April-Mai 11⅜ a 11 5/12 Rt. bz. u. Gd., 11½ Br., p. Mai-Juni 11 13/24 a 11½ Rt. bz. u. Gd., 11 7/12 Br., p. Sept.-Okt. 11⅞ Rt. bz. u. Gd., 11 11/12 Br.

Spiritus loko ohne Faß 21 1/12 a 21 Rt. bz., p. Febr. 21⅛ a 21 1/12 a 21⅛ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Febr.-März 21⅛ a 21 1/12 a 21⅛ Rt. bz., Br. u. Gd., p. März-April 21¼ a 21⅛ Rt. bz, Br. u. Gd., p. April-Mai 21½ a 21 5/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 21⅜ a 21⅜ Rt. bz. u. G., 21⅜ Br., p. Juni-Juli 22 a 21⅞ Rt. bz. u. Gd., 22 Br., p. Juli-Aug. 22¼ a 22⅛ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5⅓ a 5⅔, 0. u. 1. 5 a 5½ Rt. Roggenmehl 0. 3⅔ a 3 7/12, 0. u. 1. 3⅓ a 3 7/12 Rt. p. Ztr. unversteuert. (B. u. H. Z.)

Stettin, 8. Febr. Anhaltendes Thauwetter. Weizen loko p. 85pfd. gelber 79—84 Rt. bz., 85pfd. gelber p. Frühjahr 86¼, 86¼, 86, 86¼ Rt. bz., 86 Br. u. Gd., 83/85pfd. 83½ Rt. Br., 83 Gd., 85pfd. p. Mai-Juni 86 Rt. bz., 83/85pfd. 83½ Rt. Br., 83 Gd.

Roggen loko p. 77pfd. 45¼—46¼ Rt. bz., 77pfd. p. Febr.-März 46¼ Rt. Br., p. Frühj. 47 Rt. Br., 46½ Gd., p. Mai-Juni 47¼ Br., 47 G., gestern Abend 47⅜, ½ Rt. bz.

Gerste loko p. 70pfd. 45½—46¼ Rt. nach Qualität bz.

Hafer ohne Handel.

Erbsen, kleine Koch- 50 Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
75—78.	43—46.	39—44.	23—26.

Erbsen 46—49.

Rüböl loko 11⅓ Rt. Br., p. April-Mai 11⅓ Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 12 Rt. Br., 11⅞ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 20 7/12 Rt. bz., p. Febr.-März 20⅝ Rt. bz., p. März-April 21 Rt. nominell, p. Frühjahr 21 5/24, ¼ Rt. bz. u. Br., p. Mai-Juni 21½ Rt. Gd., p. Juni-Juli 21⅞ Rt. Gd. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 8. Febr. Wetter: Heiter, früh + 1°. Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 80—85—88—92 Sgr.

Roggen, 61—62—64 Sgr.

Gerste, gelbe 45—51 Sgr., weiße 55—60 Sgr.

Hafer, 29—31—34 Sgr.

Erbsen, 55—60—65 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 95—97—98 Sgr. Sommerrübsen 63—72—80 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 12—13 Rt., mittler 13½—14½ Rt., feiner 15—16, hochfeiner 16½—17½ Rt., weißer ord. 8—11 Rt., mittler 12—14½ Rt., feiner 15—17 Rt., hochfeiner bis 20½ Rt.

Thymothe 9—10—10⅔ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 20⅝ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Febr. 49¼ Gd. Febr.-März 49¼ Gd., März-April 49¼ Gd., April-Mai 50 bz. u. Br., Mai-Juni 50½ bz.

Rüböl loko u. p. Febr. 11½ Br., Febr.-März 11½ Br., März-April u. April-Mai 11½ Br., Mai-Juni 11 5/12 Br., Sept.-Okt. 11⅞ Br.

Spiritus loko 20¾ Gd., p. Febr. u. Febr.-März 20¾ bz., März-April 20⅝ Br., April-Mai 21⅛ Br., 21 Gd. (Br. Hdlsbl.)

Hopfen.

Alost, 2. Febr. Hopfen 320—260 Fr. pro 100 Kil.

München, 1. Febr. Hopfen. Umsatz 60 Ztr., Rest 40 Ztr. Neue Holledauer Waare 300—350, do. Spalter Stadtgut 330—350 Fl., do. Spalter Umgegend 330—350 Fl., do. Fränkische Landwaare 200—300 Fl. pro 112 Zollpfd.

Newyork, 18. Jan. Hopfen bleibt sehr fest mit einiger Frage für Export und Konsum. Umsätze 200 B. 1860er für Export zu 28 C., 300 B. in Loosen zu 25—32 C. pro Cassa. Alter ist nominell. Ausfuhr v. W. 957 B. und seit 1. Januar 850 B. gegen 354 B. d. Z. v. J.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 8. Febr. Weizen loko fest, ab Auswärts fest gehalten, ohne Geschäft. Roggen loko stille, ab Königsberg pro Frühjahr zu 78 Käufer. Oel Mai 24⅜, Oktober 25¼. Kaffee bleibt ruhig.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 8. Febr. 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	75 bz
Aachen-Mastricht	4	17¼-½ bz u B
Amsterd. Rotterd.	4	79 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	85½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	111½-12 bz
Berlin-Hamburg	4	110 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	136 bz
Berlin-Stettin	4	104½-4 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	84½ G
Brieg-Neiße	4	51 G
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	130 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	36-¼ bz
do. Stamm-Pr.	4½	72 bz
do. do.	4	— —
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	130 bz
Magdeb. Halberst.	4	190½ bz
Magdeb. Wittenb.	4	34¼-33¾ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	99-½ bz
Mecklenburger	4	45⅛-¼-45 bz
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	94¾ bz
Niederschl. Zweigb.	4	94½ G
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	45-45¼ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	124 bz
do. Litt. B.	3½	110¼ G
Oest. Franz. Staat.	5	129½-31-30½-¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	31⅝-32-31¾ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	51 bz
Rheinische,	4	81½ bz
do. Stamm-Pr.	4	91 G
Rhein-Nahebahn	4	25¼ B
Ruhrort-Crefeld	3½	75 G
Stargard-Posen	3½	83 B
Thüringer	4	102 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115 G
Berl. Handels-Ges.	4	80 bz u G
Braunschw. Bk. A.	4	64¼ G
Bremer do.	4	97 G
Coburg. Kredit-do.	4	39½ etw bz
Danzig. Priv. Bk.	4	86 G
Darmstädter abgst.	4	71½-71 bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93 G
Dessauer Kredit-do.	4	14¼ etw-½ bz u G
Dessauer Landesbk.	4	16½ bz
Disk. Comm. Anth.	4	79¾-80 bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	22½ bz u G
Geraer do.	4	70 B
Gothaer Priv. do.	4	69½ etw bz
Hannoversche do.	4	90 B
Königsb. Priv. do.	4	80½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	59½ etw bz
Luxemburger do.	4	80 etw bz
Magdeb. Priv. do.	4	77 B
Meining. Kred. do.	4	67 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	82¾ bz u G
Oestr. Kredit- do.	5	55½-57 bz u G
Pomm. Ritt. do.	4	67 bz u B
Posener Prov. Bank	4	81½ bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	128 bz
Rostocker Bank Akt.	4	103 G
Schles. Bank Verein	4	80 etw bz
Thüring. Bank-Akt.	4	53 bz
Vereinsbank, Hamb.	4	99 G
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	74¾ G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	94¾ bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	63 G
Hörder Hüttenv. Ak.	5	61 G
Minerva, Bergw. A.	5	20 G
Neustädt. Hüttenv. A	5	3½ bz u B p. St.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	81 G
do. II. Em.	4	80 G
do. III. Em.	4½	85 B
Aachen-Mastricht	4½	56 bz
do. II. Em.	5	50½ G
Bergisch-Märkische	5	102½ G
do. II. Ser.	5	102 G IV. 99½ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	75 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	84¾ G
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	83¼ bz
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	96¾ G
do.	4½	100¾ bz
Berlin-Hamburg	4½	103 G
do. II. Em.	4½	102 G
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ G
do. Litt. C.	4½	100¼ bz
do. Litt. D.	4½	99¾ bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	87½ B
do. III. Em.	4	86½ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ bz
do. II. Em.	5	103 G
Cöln-Minden	4	87½ bz
do. III. Em.	4	83½ bz
do.	4½	92½ bz
do. IV. Em.	4	82½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	79¼ G
do. III. Em.	4½	84½ B
Magdeb. Wittenb.	4½	92 G
Niederschles. Märk.	4	94 bz
do. conv.	4	93 G
do. conv. III. Ser.	4	89¼ bz
do. IV. Ser.	5	102¾ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	79¼ G, C. —
do. Litt. D.	4	87 B
do. Litt. E.	3½	75½ bz
do. Litt. F.	4½	94 bz
Oestreich. Französ.	3	252-½ bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	80½ G
Rheinische Pr. Obl.	4½	87⅞ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95¼ G
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	80 G
do. III. Ser.	4½	85 B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	93½ G
do. III. Em.	4½	93½ G
Thüringer	4½	101½ bz
do. III. Ser.	4½	101½ B II. 104½
do. IV. Ser.	4½	98¾ G [G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100¾ G
Staats Anl. 1859	5	106 bz
do.	4½	100¾ bz
do. 1856	4½	100¾ bz
do. 1853	4	95¾ bz
N. Präm StA 1855	3½	117 bz
Staats-Schuldsch.	3½	87 bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	85¼ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101 bz
do. do.	3½	83¾ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	103¾ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	90¾ G
do.	4	100½ G
Ostpreußische	3½	83¼ G
do.	4	92½ bz
Pommersche	3½	89½ bz
do. neue	4½	97 bz
Posensche	4	100⅝ bz
do.	3½	93 G
do. neue	4	89⅛ bz
Schlesische	3½	89½ G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	83½ bz
do.	4	93 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96 B
Pommersche	4	96 B
Posensche	4	92½ G
Preußische	4	95¾ bz
Rhein- u. Westf.	4	95¾ bz
Sächsische	4	96½ bz
Schlesische	4	95¾ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	44½ bz
do. National-Anl.	5	51½-53 bz u B
do. 250fl. Präm. O.	4	56 G
do. neue 100fl. Loose	—	50½ etw, 51-52 bz
Polnische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88 bz, 87¾ G
6. do.	5	99¾ bz
Englische Anl.	5	102 etw G 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	60⅜-½ bz [89¾ G
Poln. Schatz-O.	4	80¾ bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93⅜ G
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in SR.	4	85¾ etw bz u G
Part. O. 500 Fl.	4	91 B
Oestr. 5proz. Loose	5	55½-56 bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	87½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	46½ u. ⅜ bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30¾ etw bz
Dessau. Präm. Anl.	3½	94¾ etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 4½ bz
Louisd'or	—	109 G
Sovereigns	—	6. 20 bz
Napoleonsd'or	—	5. 9¾ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 456¾ bz
Dollars	—	1. 11¼ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	99⅛ G
Oestr. Banknoten	—	70 bz u B
Poln. Bankbillet	—	87½-¾ bz

Wechsel-Kurse vom 7. Febr.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141¾ bz
do. 2 M.	3	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	150 bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 18⅜ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79⅛ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	66¾ bz
do. do. 2 M.	6	66¼ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99¼ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	96⅜ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	87¼ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

An der heutigen Börse nahm die Haussebewegung ihren weiteren Verlauf.

Breslau, 8. Februar. Die Börse war günstig und sämmtliche Effekten beträchtlich höher.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 55¾-56½ bz. u. Br. Schlesischer Bankverein 77½-78 bz. u. Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 84½ Gd. dito Prior. Oblig. 86½ Gd. dito Prior. Oblig. —. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger 50¾ Gd. Oberschlesische Lit. A. und C. 125 Br. dito Lit. B. 112½ Br. dito Prior. Oblig. 86¾ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. F. 94 1/12 Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 75¾ Br. Oppeln-Tarnowitzer 32½ Br. Rheinische 80½ Gd. Kosel-Oderberger 36¾ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. 80½ Br.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Freitag, 8. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse sehr bewegt in steigender Richtung bei ungewöhnlich bedeutendem Umsatze.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 116. Preuß. Kassenscheine 105⅛. Ludwigshafen-Bexbach 127¾. Berliner Wechsel 105⅛. Hamburger Wechsel 87⅞. Londoner Wechsel 117⅞. Pariser Wechsel 93. Wiener Wechsel 82. Darmstädter Bankaktien 185. Darmstädter Zettelbank 233. Meininger Kreditaktien 68½. Luxemburger Kreditbank 79½. 3% Spanier 46½. 1% Spanier 40½. Span. Kreditbank Pereira 465. Span. Kreditbank v. Rothschild 475. Kurhess. Loose 45. Badische Loose 53½. 5% Metalliques 45. 4½% Metalliques 38⅞. 1854er Loose 57. Oestr. National-Anlehen 51½. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 229. Oestr. Bankantheile 606. Oestr. Kreditaktien 135. Neueste östreichische Anleihe 58. Oestr. Elisabethbahn 129. Rhein-Nahebahn 25½. Mainz-Ludwigsh. 97¾.

Hamburg, Freitag, 8. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Animirte Stimmung, jedoch am Schlusse der Börse ruhiger.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 51½. Oestr. Kreditaktien 57. 3% Spanier 44½. 1% Spanier 38⅞. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 99¾. Norddeutsche Bank 83¾. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto 2 %. London lang 13 Mk. 1¾ Sh. not., 13 Mk. 2¼ Sh bez. London kurz 13 Mk. 4½ Sh. not., 13 Mk. 5⅜ Sh. bez. Amsterdam 35, 90. Wien 110, 50.

Paris, Freitag, 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Auf höhere Konsolnotirungen von Mittags 12 Uhr (92⅜) begann die 3% in günstiger Stimmung zu 68, 45, wich auf 68, 37½, hob sich aber wieder auf 68, 55 und schloß in fester Haltung zu diesem Kurse. An der Börse wollte man wissen, daß die Nachricht von der Uebersendung einer Note Seitens Frankreichs an die Pforte unbegründet sei.

Schlußkurse. 3% Rente 68, 55. 4½% Rente 97, 95. 3% Spanier 47. 1% Spanier 40½. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 495. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 700. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.